

**Jan Foitzik**

**Der sowjetische Terrorapparat  
in Deutschland**

**Wolfgang Buschfort**

**Die Ostbüros der Parteien  
in den 50er Jahren**

**Berlin 2006, 3. Auflage**

**Schriftenreihe des Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen  
des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR**

**Band 7**

Copyright 1998 beim Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR

3., unveränderte Auflage, 2006

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere der Übersetzung, der Vervielfältigung jeder Art, des Nachdrucks, der Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen sowie in Funk- und Fernsehsendungen, auch bei auszugsweiser Verwendung.

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR dar.

Für die inhaltlichen Aussagen trägt der Autor die Verantwortung.

ISBN-10: 3-934085-09-1; ISBN-13: 978-3-934085-09-1

Der Berliner Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Scharrenstraße 17, 10178 Berlin

## **Inhalt**

### **Jan Foitzik:**

#### **Der sowjetische Terrorapparat in Deutschland.**

<b>Wirkung und Wirklichkeit</b> .....	4
Vorbemerkung .....	4
1. Kriegstrauma, Bedrohung, Einschüchterung .....	6
2. Massenrepressionen der Besatzungsmacht in unmittelbarer Kriegsfolge .....	9
3. Die Wirklichkeit der sowjetischen Staatssicherheit in der SBZ .....	16
Zusammenfassung .....	27

### **Wolfgang Buschfort:**

#### **Die Ostbüros der Parteien in den 50er Jahren** .....

Das Ostbüro der SPD .....	30
Das Ostbüro der CDU .....	33
Das Ostbüro der FDP .....	36
Die Aufgaben des Ostbüros der SPD .....	40
Die Arbeit des Ostbüros der CDU .....	47
Die Arbeit des Ostbüros der FDP .....	52
Stasi-Aktionen gegen das Ostbüro der CDU .....	56
Stasi-Aktionen gegen das Ostbüro der FDP .....	59
Die Auflösung des Ostbüros der CDU .....	64
Das Ende des FDP-Ostbüros .....	65
Das Ende des Ostbüros der SPD .....	68
Fazit .....	71

<b>Zu den Autoren</b> .....	74
-----------------------------	----

**Jan Foitzik**

## **Der sowjetische Terrorapparat in Deutschland.<sup>1</sup>**

### **Vorbemerkung**

Die Unterscheidung zwischen Wirkung und Wirklichkeit erscheint im Zusammenhang mit Staatsterror an den Haaren herbeigezogen, denn nicht nur unmittelbare Gewaltanwendung, sondern bereits eine dahinzielende Drohung stellt für sich - genauso wie Rechtsunsicherheit oder administrative Willkür - einen Akt der Gewalt dar. Ausgehend von dem klassischen Lehrsatz von Carl Clausewitz, daß die Gewaltanwendung außer der Erschöpfung keinen inneren Beschränkungen oder Gesetzen unterliegt, geht es hier aber darum, die beim Staatsterror wirksame Eskalationsskala in ihre Einzelelemente zu zerlegen, um zum einen über das direkte organisatorische Gewaltpotential einen Überblick zu gewinnen und sich zum anderen einen Einblick in solche Wirkungszusammenhänge kollektiver Repression zu verschaffen, die sich als Einschüchterung oder Bedrohung sowohl in unmittelbarer Folge von Gewaltanwendung als auch als Resultat von bloßer Gewaltwahrnehmung einstellen. In keiner Weise wird durch dieses Verfahren relativiert, daß die individuelle Leidensgeschichte das einzige objektive Bewertungsmaß für Gewalt darstellt. Es wird aber reflektiert, daß die Leidenserfahrung notwendigerweise selbst dann auf sich selbst bezogen bleibt, wenn sie sich um Kommunikation bemüht. Der Teufelskreis zwischen Wirkung, Wirklichkeit und Wahrnehmung kann sonst nicht durchbrochen werden.

Verwirrend sind aber nicht nur die Produkte von Gewaltapparaten, sondern vielfach auch ihre Organisationsstrukturen. Es erscheint deshalb sinnvoll, darauf hinzuweisen, daß Desinformation, Verwirrung und andere Täuschungshandlungen für Sicherheitsapparate bewußt angestrebte "Leistungszwecke" darstellen; sie sind nicht notwendigerweise als strukturelle Mängel zu begreifen.

Hier können nur einige Ausschnitte aus der Geschichte der Wirkung und der Wirklichkeit sowjetischer Repressionsapparate vorgestellt werden. Dabei beschränke ich mich auf den Zeitraum von 1945 bis 1949 und im wesentli-

<sup>1</sup> Vortrag am 8. Oktober 1997 im Rahmen der Veranstaltungsreihe des Berliner Landesbeauftragten

chen auf die Sowjetisch Besetzte Zone (SBZ), also auf das Gebiet der späteren DDR. Ausgeblendet bleiben damit die Geschehnisse jenseits der Oder-Neiße-Linie, obwohl gerade sie einen erheblichen Einfluß auf die Wahrnehmung der sowjetischen Sicherheitspolitik in der SBZ hatten, und das nicht nur deshalb, weil Millionen Flüchtlinge und Vertriebene mit den Schreckensbildern des Krieges und der "Flucht vor den Russen" in die SBZ gekommen waren.

Um das Bild nicht unnötig zu komplizieren, werden von den Facheinheiten der sowjetischen Geheimapparate der militärische Geheimdienst (GUR) und die Abwehr im engeren Sinne (GUKR, auch Smersch genannt) außer acht gelassen. Gleiches gilt für Sonderstrukturen wie beispielsweise die Wismut SAG - ursprünglich eine Tarnbezeichnung für den Uranbergbau in der SBZ, der von 1946 bis 1950 unter der Leitung des Generalmajors der Staatssicherheit Andrei Michailowitsch Malzew stand, oder für die Verwaltung der Sowjetischen Aktiengesellschaften in der SBZ, deren Chef B. S. Kobulow<sup>2</sup>, ehemaliger Erster Stellvertreter des Volkskommissars für Staatssicherheit, als Stellvertreter des Obersten Chefs der SMAD ab 1947 auch in der SBZ an geheimdienstlichen Geschäften beteiligt war. Personell oder strukturell fielen diese Einheiten im vorliegenden Zusammenhang übrigens kaum ins Gewicht, überdies befanden sich alle sowjetischen Geheimapparate ab 1946/47 zumindest für kurze Zeit unter dem gemeinsamen Dach des Informationskomitees beim Ministerrat der UdSSR. Weitgehend ausgeblendet bleibt ebenfalls der organisatorische Aufbau ostdeutscher Sicherheitsapparate innerhalb der KPD/SED bzw. in der staatlichen Verwaltung und ihre Verflechtung mit dem sowjetischen Geheimdienst. Dies geschieht nicht nur deshalb, weil die Materie im Detail zu sehr diffizilen Einordnungsproblemen führt, sondern vor allem deswegen, weil zumindest einige vorhandene deutsche Akten zu diesem Thema objektiv als "chicken food" einzustufen sind:

<sup>2</sup> Kobulow, Bogdan Sacharowitsch (1904-1953), Generaloberst; WKP(B); Volkskommissar für Inneres in Georgien, ab 1938 Leiter der Besonderen Untersuchungsabteilung des Volkskommissariats für Staatssicherheit (NKGB), ab 1941 Stellvertreter des NKGB bzw. NKWD und ab 1943 Erster Stellvertreter des NKGB. 1947-49 Stellvertreter des Obersten Chefs der SMAD für Fragen der Tätigkeit sowjetischer Unternehmen in Deutschland und gleichzeitig stellvertretender Chef der Hauptverwaltung für sowjetisches Eigentum im Ausland beim Ministerrat der UdSSR. Danach stellvertretender Vorsitzender der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland (SKK), 1953 erster stellvertretender Innenminister der UdSSR und darin Leiter der Hauptverwaltung für Staatssicherheit, im Dez. 1953 zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Sie beschreiben oft Planspiele, nicht immer die "volle und ganze" Wirklichkeit. Dies ist nicht nur Folge des Prinzips, daß beim Geheimdienst "erstens alles anders und zweitens als man denkt" ist; vielmehr ist die Aktenüberlieferung in ehemaligen DDR-Archiven grundsätzlich im Zusammenhang mit der Abhängigkeit deutscher Planungen von sowjetischen Genehmigungen zu betrachten. Aus diesem Blickwinkel gesehen befinden sich in deutschen Archiven oft nur entsprechende Vorlagen und in einem strengen methodischen Sinne sind darin enthaltene Ähnlichkeiten mit später existierenden Strukturen zumindest manchmal nur zufällig oder gar irreführend. An einigen gravierenden Beispielen läßt sich dies belegen.

Die Grundlage der Ausführungen bildet ein insgesamt recht umfangreiches Aktenmaterial aus amerikanischen, russischen und deutschen Archiven. Da bei diesem Thema grundsätzlich eine disparate Quellenlage herrscht, wurde ihr Rechnung getragen, indem die vorhandenen Quellen nach dem Prinzip der zweifachen Bestätigung sehr sorgfältig analysiert wurden. Wenn einige Stellen unklar sind, dann bedeutet das entweder, daß der tatsächliche Zusammenhang nicht klar bestimmt werden kann oder auch, daß er aus "operativen Gründen" nicht eindeutig festgelegt worden war.

## **1. Kriegstrauma, Bedrohung, Einschüchterung**

Ein polnischer Historiker formulierte knapp, daß das von Stalin in der Sowjetunion geschaffene und nach dem Krieg auch nach Ostdeutschland exportierte System aus "einem außergewöhnlich ausgebauten Repressions- und Kontrollapparat [bestand], in dem die Ideologie als Bindemittel funktionierte, und das Ganze durch einen beispiellosen Personenkult um den Tyrannen" zusammengehalten wurde.<sup>3</sup> Ein totalitärer Repressionsapparat hatte in Deutschland bereits bestanden, als ab Ende Januar 1945 etwa eine Million sowjetischer Soldaten in schweren Kämpfen auf das Gebiet der SBZ vorrang und hier mindestens eine Million sowjetische Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter befreite. Im Mai 1945 war der Krieg zwar zu Ende, doch unter den vielen Millionen Vertriebenen forderte das Nachkriegselend wahrscheinlich mehr Todesopfer als der Krieg.

Der Bund deutscher Kriegsgräberfürsorge schätzt, daß auf dem Gebiet der früheren DDR etwa 1,2 Millionen Opfer des Krieges und seiner unmittelba-

<sup>3</sup> Paczkowski, Andrzej: *Pol wieku dziejow Polski 1939-1989*, Warszawa 1995, S. 289.

ren Folgen bestattet sind.<sup>4</sup> Diese Zahl schließt gefallene Soldaten beider Seiten ein, im Krieg umgekommene Zivilisten, Opfer von Kriegsgefangenen- und anderen Lagern, verhungerte oder an Epidemien gestorbene Flüchtlinge und Vertriebene. Sie berücksichtigt nicht Wehrmachtssoldaten, Flüchtlinge und Evakuierte, die außerhalb der Heimat gefallen, in der Gefangenschaft oder auf der Flucht umgekommen sind. Um sich die Schwere des Kriegstraumas vorstellen zu können, müßte die eingangs genannte Zahl der Opfer verdreifacht werden: 1946 trauerten 20 Millionen SBZ-Einwohner um drei Millionen tote oder vermißte Familienangehörige und nahe Verwandte.<sup>5</sup>

Die moralische und psychische Erschütterung, der über Jahre hinweg andauernde Hunger führten zu einer dramatischen Traumatisierung, und das Gefühl einer unmittelbaren existentiellen Bedrohung war auch ohne Übergriffe von Besatzungssoldaten, Demontagen oder Reparationen akut, über die meistens geklagt wurde, weil sie konkret faßbar waren. Allein ein Blick auf die biologischen Folgen des Krieges genügt, um sich von der Tragweite der sozialen und psychischen Wirkungen eine ungefähre Vorstellung machen zu können: Mehr als die Hälfte der Männer im Alter zwischen 19 und 25 Jahren war im Krieg gefallen,<sup>6</sup> in der Altersgruppe der 19- bis 21jährigen kamen 1945 in Berlin auf einen Mann drei Frauen. Noch nach Jahrzehnten waren solch dramatische Kriegsfolgen im Alltag spürbar, und auch das - eine Konfrontation mit der Besatzungsmacht vermeidende - Verhalten der DDR-Bevölkerung beim Volksaufstand im Juni 1953 ist nur vor dem Hintergrund der auf die Kriegszeit zurückgehenden Einschüchterung breiter Bevölkerungsteile erklärbar: Als 1956 sowjetische Panzer nach Budapest hineingeführt wurden, um nach dem drei Jahre zuvor in Berlin praktizierten Muster die ungarische Bevölkerung einzuschüchtern, funktionierte die massive Gewaltdrohung bekanntlich nicht.

Als ein wichtiges Element der Einschüchterungspolitik ist zu berücksichtigen, daß in völkerrechtlicher Hinsicht zwischen dem 8. Mai und dem 5. Juni

<sup>4</sup> Laut Auskunft der Bundesgeschäftsstelle des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge vom 21. Aug. 1995.

<sup>5</sup> Die "statistischen Kriegsverluste" (einschließlich der Kriegsgefangenen) der SBZ-Bevölkerung betragen laut Volkszählungsdaten von 1946 3,3 Millionen. Vgl. Steinberg, Heinz Ginter: Die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland im Zweiten Weltkrieg, Bonn 1991, S. 92.

<sup>6</sup> Nach der amtlichen Statistik zum 30. April 1946 betrug in der SBZ in der Altersgruppe zwischen 19 und 25 Jahren das Verhältnis 380.000 Männer zu 850.000 Frauen.

1945 die sogenannte Einstellung der Kampfhandlungen erfolgt war; der Kriegszustand zwischen der Sowjetunion und Deutschland wurde erst am 25. Januar 1955 für beendet erklärt. In der SBZ blieben nach Kriegsende etwa eine halbe Million sowjetische Soldaten stationiert, die wegen großer und kleiner Übergriffe im Alltagsbewußtsein der Bevölkerung präsent geblieben waren. Ein knapper Hinweis auf die allgemeine Kriminalstatistik muß hier zur Illustration genügen: Für das erste Halbjahr 1946 berichteten zuständige Stellen der Besatzungsverwaltung dem sowjetischen Innenminister, daß in der SBZ über 1.200 Morde, 20.000 Raubüberfälle, 112.000 Diebstähle und 13.000 Vergewaltigungen angezeigt wurden.<sup>7</sup> Noch 1947 lag die Diebstahlskriminalität in Berlin zehnmal höher als vor dem Krieg. - Es ist wohl nicht nötig, darauf hinzuweisen, daß nicht alle Straftaten durch Besatzungssoldaten begangen wurden. Aber in der Bevölkerung sah man vor allem den Zusammenhang zwischen der ungewöhnlich hohen Kriminalitätsrate und der fremden Besetzung. Ein Kausalzusammenhang war zweifellos gegeben, aber kein direkter.

<sup>7</sup> Serow/Kruglow/26.6.1946/O prodelannoï rabote po organizazii nemezkoï polizii w sowetskoi sone okkupazii sa istekli god, in: Gossudarstwenny archiw Rossiskoi Federazii Moskwa (= Staatsarchiv der Russischen Föderation, zit.: GARF), r 9401/2/138, Bl. 50-57.



## 2. Massenrepressionen der Besatzungsmacht in unmittelbarer Kriegsfolge

### 2.1. Vertreibungen und Kriegsgefangenschaft

Um das Ausmaß der Einschüchterung zu skizzieren, die die in unmittelbarem Kriegszusammenhang stattgefundenen Massenrepressionen hinterließen, sei festgehalten, daß die bei Vertriebenen festgestellten sogenannten statistischen Kriegs- und Nachkriegsverluste - einschließlich der sogenannten Wehrmachtssterbefälle - mit Angaben zwischen 3,2 und 3,9 Millionen beschrieben werden.<sup>8</sup>

1945 nahm die Rote Armee nach ihren eigenen Angaben 2,2 Millionen deutsche Soldaten gefangen. Noch in der SBZ starben 1945 jeden Monat zehntausend deutsche Kriegsgefangene in den Sammellagern, Hunderttausende wurden in sowjetische Arbeitslager gebracht oder noch 1945 freigelassen,<sup>9</sup> weil man der Lage nicht Herr werden konnte. Nach amtlichen sowjetischen Angaben befanden sich 1946 fast zwei Millionen deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion,<sup>10</sup> bis 1950 wurden insgesamt 1,7 Millionen entlassen. In der Gefangenschaft verstarben nach internen amtlichen Auf-

<sup>8</sup> Das Bundesamt für Statistik bewertete aufgrund von Volkszählungsdaten die Kriegs- und Nachkriegsverluste in den Ostgebieten des Reiches mit 1,88 Millionen (d.i. 19,6 Prozent der Bevölkerung von 1939) und im gesamten Vertreibungsgebiet mit 2,11 Millionen Zivilisten (Opfer von Kriegshandlungen und Luftkrieg, Vertreibungsverluste) sowie weiteren 1,1 Millionen Wehrmachtssterbefällen, insgesamt 3,2 Millionen (18,8 Prozent der Bevölkerung von 1939). Vgl. *Wirtschaft und Statistik*, 8. Jg., Heft 10 [Okt. 1956], S. 493-500, sowie *Wirtschaft und Statistik*, 10. Jg., Heft 8 [Aug. 1956], S. 600-604. - Andere Zahlen nennt u.a. Steinberg, *Bevölkerungsentwicklung 1991*, S. 104, mit 2,8 Millionen im Krieg und danach umgekommenen Vertriebenen sowie 1,1 Millionen aus den Ostgebieten stammenden gefallenen Wehrmachtsangehörigen; oder der Statistiker Dr. Gerhard Reichling, der die Gesamtverluste bis 1950 mit 1,64 Millionen Toten auf der Flucht und bei der Vertreibung sowie infolge der Besetzung, ferner weiteren 589.000 Todesfällen unter in die Sowjetunion deportierten Deutschen schätzt; in: Sander, Helke; Jahr, Barbara (Hg.): *Befreier und Befreite. Krieg, Vergewaltigungen, Kinder*, München 1992, S. 60.

<sup>9</sup> Vgl. Konassow, W. B.: *Sudby nemezkih wojennoplennyh w SSSR: Diplomatscheskije, prawowyje i političeskije aspekty problemy*, Wologda 1996, S. 125f.

<sup>10</sup> Kruglow/Stalin-Berija-Molotow/6.9.1946, in: GARF, r 9401/2/139, Bl. 105-108.

stellungen 334.376 deutsche Kriegsgefangene.<sup>11</sup> Rechenfehler enthalten bereits die sowjetischen Angaben, die je nach Datengrundlage zwischen 100.000 und 1,25 Millionen betragen; Berechnungen auf der Grundlage der Vermißtenmeldungen der Wehrmacht ergeben eine Differenz von 1,1 Millionen. Außerdem sind mindestens 330.000 "volks- und reichsdeutsche" Zivilisten in die Sowjetunion deportiert worden.<sup>12</sup> Wieviel hunderttausend Menschen bei Deportationen starben, ohne in amtlichen Statistiken erfaßt zu werden, soll hier nicht weiter thematisiert werden, denn es ist evident, daß von Massenrepressionen in unmittelbarer Kriegsfolge ausnahmslos alle betroffen waren: In jeder Familie gab es Soldaten, und bei einem Viertel der SBZ-Bevölkerung handelte es sich um Vertriebene.

## 2.2. Internierungslager

Im öffentlichen Bewußtsein symbolisieren die sowjetischen Internierungslager in der SBZ den Kriegs- und Nachkriegsterror der Besatzungsmacht. Die Lager dokumentieren den fließenden Übergang von Kriegs- und Besatzungszeit zur politischen Diktatur der SED, belegen damit, daß Terror als konstantes Element der politischen Praxis zunächst der Besatzungsmacht und später der von ihr abhängigen SED betrachtet werden muß. Zugleich enthält das Bild einen direkten Rückverweis auf terroristische Praktiken der vorangegangenen nationalsozialistischen Diktatur.

Für diese kompakte Sichtweise auf die sowjetischen Internierungslager spricht vor allem die Tatsache, daß nach derzeitigem Forschungsstand etwa eine Hälfte der Lagerinsassen auf der Grundlage völkerrechtlicher Besatzungsakte interniert wurde, die andere Hälfte wurde wohl im Rahmen von Maßnahmen inhaftiert, die als politische Verfolgung im engeren Sinne des

<sup>11</sup> Konassow, Sudby 1996, S. 162. Laut TASS-Bekanntmachung vom 5.5.1950 waren aus der UdSSR seit der Kapitulation 1.939.063 deutsche Kriegsgefangene repatriiert worden.

<sup>12</sup> Karner, Stefan: Im Archipel GUPVI. Kriegsgefangenschaft und Internierung in der Sowjetunion 1941-1956, München 1995, S. 31. Vgl. hierzu auch: Berija/GOKO-Stalin/16.8.1945, in: GARF, r 9401/2/98, Bl. 135-137. Andere Angaben schwanken zwischen 250.000 verschleppten reichsdeutschen Zivilisten aus den deutschen Ostgebieten (also ohne Volksdeutsche) und 1,13 Millionen verschleppten reichs- und volksdeutschen Zivilisten, von denen die Hälfte während der Deportation oder in den Lagern gestorben sein soll.

Wortes bezeichnet werden müssen. Obwohl zweifellos eine Kontinuität der politischen Verfolgung durch Besatzungsmacht und die von ihr abgeleitete SED-Diktatur vorliegt, geriet die kriegsrechtliche Entwicklungslinie weitgehend in Vergessenheit. Es ist aber nötig, auf sie kurz hinzuweisen, denn sonst bleiben etliche Widersprüche der sowjetischen Pazifizierungspolitik in der SBZ nicht auflösbar.

Bestimmend für die sowjetische Haltung gegenüber der deutschen Zivilbevölkerung war ursprünglich die im Januar 1945 befohlene Deportation deutscher Zivilisten zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion. Auf Vorschlag Berijas vom 17. April 1945<sup>13</sup> wurde diese Praxis mit dem NKWD-Befehl Nr. 00315 vom 18. April 1945 eingestellt, die "Säuberungsmaßnahmen" in der Etappe der Fronttruppen wurden seitdem auf sogenannte Spione und Diverstanten, NSDAP-Mitglieder und leitende Funktionseiliten des Staates beschränkt. Künftig sollten auf der Grundlage des Befehls des NKWD Nr. 0061 vom 6. Februar 1945 nur noch "Terroristen" und "Diverstanten" "an Ort und Stelle liquidiert" werden,<sup>14</sup> eine in Kriegszeiten in allen Armeen angewandte Praxis; Angehörige der Wehrmacht, des Volkssturms, der SS und der SA sowie Wachmannschaften der Gefängnisse und Konzentrationslager waren aufgrund der neuen Vorschriften als Kriegsgefangene zu behandeln. Das NKWD - also das Volkskommissariat bzw. ab 1946 als MWD das Ministerium für innere Angelegenheiten der UdSSR - hatte vor Ort Gefängnisse und Lager zu organisieren, einschließlich - wie schon seit 1941 praktiziert - sogenannter Filtrierungslager für Angehörige der Roten Armee,<sup>15</sup> die in deutsche Kriegsgefangenschaft geraten waren. Im August 1945 hielt das NKWD nach eigenen Angaben 708.000 Ausländer in Lagern fest.<sup>16</sup> Überwiegend handelte es sich um Volksdeutsche aus Rumänien, Ungarn und Jugoslawien sowie Reichsdeutsche aus den Ostgebieten des Altreiches, denn auf einer breiten Front hatte die Rote Armee die Reichsgrenze erst in der dritten Januarwoche 1945 in Oberschlesien überschritten.

<sup>13</sup> Berija/GOKO/17.4.1945, in: GARF, r 9401/2/95, Bl. 253-255.

<sup>14</sup> "Liquidieren" steht hier wahrscheinlich für "Hinrichten". - NKWD für Narodny kommissariat/kommissar wnutrennych del, d.i. Volkkommissariat/ Volkskommissar für Inneres der UdSSR (bis 1946, danach MWD).

<sup>15</sup> NKWD-Prikas Nr. 00315 vom 18.4.1945, in: GARF, r 9401/2/95, Bl. 256-259.

<sup>16</sup> Von ihnen sollten 412.000 Invalide und Arbeitsunfähige entlassen sowie 290.000 Arbeitsfähige in die UdSSR deportiert werden. Vgl. Berija/Sta-lin/16.8.1945, in: GARF, r 9401/2/98, Bl. 135-137.

Der automatische Arrest bestimmter Bevölkerungsgruppen war zwischen den Alliierten vereinbart worden; unter Berufung auf das Besatzungsrecht nahm das NKWD in der SBZ bis Oktober 1945 82.000 deutsche Zivilpersonen fest.<sup>17</sup> Damit endete in der Hauptsache die erste, durch summarische Massenverhaftungen geprägte Phase der Pazifizierungspolitik. Die damit einsetzenden selektiven Formen der Repression steigerten sich wellenartig und gewannen im Jahr 1948 unter völlig anderen politischen Merkmalen als 1945 wieder Massencharakter. Die Verhafteten wurden in zeitweilig zehn auf dem Gebiet der SBZ bestehenden Speziallagern (und einem Gefängnis für bereits Verurteilte in Strelitz) des sowjetischen Ministeriums des Innern festgehalten.<sup>18</sup> Erst nach dem Befehl der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) Nr. 35 vom 26. Februar 1948 wurden schätzungsweise 45.000 Menschen entlassen,<sup>19</sup> so daß sich Ende 1949 in den verbliebenen Lagern Bautzen (Speziallager Nr. 3), Buchenwald (Speziallager Nr. 2) und Sachsenhausen (Speziallager Nr. 1) noch etwa 30.000 Zivilisten<sup>20</sup> befanden. Nach damaliger sowjetischer Lesart handelte es sich um leitende Mitarbeiter des NS-Systems.<sup>21</sup>

Nach Angaben des sowjetischen Innenministeriums aus dem Jahr 1990 wurden zwischen 1945 und 1950 auf dem Gebiet der SBZ/DDR 122.671 Deutsche in Sonderlagern interniert. 45.000 wurden wieder freigelassen, 43.000 (35 Prozent) verstarben in den Lagern; etwa 20.000 sind entweder in die UdSSR verbracht oder in Kriegsgefangenenlager überführt worden. Ferner seien 14.202 Internierte an DDR-Behörden übergeben worden: 756 Internierte wurden durch sowjetische Militärgerichte zum Tode

<sup>17</sup> Vgl. Berija/Stalin, Molotow, Malenkow/10.9.1945, in: GARF, r 9401/2/98, Bl. 388-393; Berija/Stalin, Molotow, Malenkow/24.10.1945, in: GARF, r 9401/2/100, Bl. 91-97; Berija/Stalin, Molotow, Malenkow/13.11.1945, in: ebenda, Bl. 6-11.

<sup>18</sup> Samnatsch. UKR Smersch GOWG Generalmajor Sidnjew/natsch. GUWS NKWD Generalleutnant Wurgast/23.6.1945, in: GARF, 9409s/1s/1, Bl. 12.

<sup>19</sup> Laut internen Quellen der Abteilung wurden nur 27.668 Personen entlassen, in den Lagern seien 14.721 verblieben, vgl. Koslow, Sowetskaja administracija i litschnyi sostaw 1993, unveröffentlichtes Manuskript. - Diese Zahlen halten einem Vergleich mit anderen amtlichen sowjetischen Zahlen nicht stand.

<sup>20</sup> Vgl. Samestitel natschalnika 2. Glawnogo Uprawlenija MGB SSSR Generalmajor Ja. Jedunow/Schifrowana sprawka/Dez. 1949, in: GARF, 9409/1/42, Bl. 8-9.

<sup>21</sup> I. Serow - samestitjel MWD/natschalniku otdela spezialagerei Ziklajew/ 19.1.1949, in: GARF, 9409s/1s/38, Bl. 33.

verurteilt.<sup>22</sup> Zeitgenössische westliche Berichte schätzten die Zahl der Internierten auf 160.000-260.000, von ihnen sollen 65.000 bis 130.000 umgekommen sein. Neuere Analysen dieser Berichte ergeben das Bild von etwa 65.000-80.000 Toten.

Es ist noch nicht möglich, über das tatsächliche Ausmaß und die beabsichtigte Zielrichtung dieser Massenrepressionen eine genaue Vorstellung zu gewinnen. Zwar liegen neuere sowjetische Angaben vor, wonach zwischen 1946 und 1949 "wegen Verstößen gegen die alliierte Ordnung" in der SBZ durch sowjetische Organe insgesamt über eine halbe Million Menschen verhaftet wurden. - Mit 160.000 Verhaftungen im Jahr 1948 hatten diese Eingriffe ihren Höhepunkt erreicht. - Diese Angaben können aber derzeit in das oben vorgestellte Zahlenwerk nicht eingeordnet werden. Unklar ist nicht nur der sowjetische Ausdruck "Verhaftung", der das "Anhalten", die vorübergehende "Festnahme" oder die "Verhaftung" im deutschen Rechtssinne meinen kann, Verwirrung stiften in diesem Zusammenhang ebenfalls schwerwiegende Verfahrenskonflikte zwischen den in der SBZ eingesetzten Apparaten des sowjetischen Innen- und Sicherheitsministeriums. Bisher unüberwindliche Schwierigkeiten bereitet zusätzlich die Unterscheidung zwischen Zivil- und Militärinternierten (also Kriegsgefangenen), die beispielsweise bei Angehörigen des Volkssturms unmittelbar evident ist: Aus sowjetischer Sicht handelte es sich um Militärangehörige (Kombattanten), nach deutscher Auffassung um Zivilpersonen. Außerdem können die Kategorien der wegen tatsächlicher oder vermeintlicher nationalsozialistischer Belastung auf der einen und auf der anderen Seite der aus aktuellen politischen Gründen in der SBZ Verhafteten noch nicht auseinander dividiert werden. Zu beachten ist, daß auch diese hier nur summarisch angedeuteten schwierigen rechtlichen Probleme - neben anderen - dazu führten, daß die Speziallager in der DDR Anfang 1950 durch Befehl des sowjetischen Innenministers aufgelöst wurden.<sup>23</sup> In der Haft verblieben danach etwa 15.000 Menschen.

<sup>22</sup> Vgl. Sowjetische Straflager in der ehemaligen Sowjetischen Besatzungszone. Materialien zur Pressekonferenz des stellvertretenden Ministerpräsidenten der DDR und Ministers des Innern, Dr. Peter-Michael Diestel, vom 26. Juli 1990. Vgl. auch Erler, Peter: Sowjetische Speziallager auf deutschem Boden 1945 bis 1950, in: Im Namen des Volkes? Über die Justiz im Staat der SED. Wissenschaftlicher Begleitband zur Ausstellung des Bundesministeriums der Justiz, Leipzig 1994, S. 63-69.

<sup>23</sup> Vgl. Prikas natschalnika Otdela Spezlageri MWD w Germanii No. 017 vom 21. Feb. 1950, in: GARF, 9409/1/41, Bl. 25.

### 2.3. Sowjetische Militärtribunale

Sowjetische Militärtribunale in der SBZ verurteilten zwischen 1945 und 1957 nach heutigen Schätzungen 40.000 Zivilpersonen.<sup>24</sup> Anfang 1950 wurden etwa 5.500 in der SBZ befindliche Verurteilte entlassen und weitere 10.500 zur Strafverbüßung an DDR-Behörden übergeben.<sup>25</sup>

Als Beispiel für den Umfang und die Absichten der gerichtlichen Repression sei die Statistik der Haftanstalt Torgau zitiert: Sie weist für die Jahre 1945-52 aus, daß jeweils etwa ein Drittel der Inhaftierten wegen angeblicher Spionage- bzw. Agententätigkeit oder aufgrund im "Dritten Reich" begangener Delikte einsaß,<sup>26</sup> mit gewissem Vorbehalt also auf der Grundlage kriegs- bzw. besatzungsrechtlicher Bestimmungen. Der Anteil der eindeutig als politisch zu qualifizierenden Verfahren stieg ab etwa Mitte 1947 an und dominierte bereits nach einem Jahr die Tätigkeit der sowjetischen Militärtribunale in der SBZ.<sup>27</sup>

Auch die für die sechs wichtigsten DDR-Haftanstalten (Torgau, Luckau, Untermaßfeld, Hoheneck, Waldheim und Bautzen) aus dem Jahr 1950 bekannten Zahlen ergeben etwa 25 Prozent Verurteilungen wegen vor dem 9. Mai 1945 begangener angeblicher NS-Verbrechen und 41 Prozent aufgrund nach diesem Stichtag liegender nichtkrimineller Delikte, so daß unter Berücksichtigung der wegen Verstößen gegen das Besatzungsrecht Verurteilten die Gruppe der nach Kriegsende aus aktuellen politischen Gründen Inhaftierten die Hälfte der damals in der DDR erfaßten etwa 15.000 Strafgefangenen ausmachte.<sup>28</sup>

<sup>24</sup> Vgl. Oberst Kopalin, Leiter der Abteilung für Rehabilitation der Ausländer an der Generalstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation in einem Vortrag in Halle am 24. Febr. 1994, zit. nach dem Manuskript; vgl. auch: Deutschland-Archiv 8/1994, S. 880ff.

<sup>25</sup> Vgl. Oleschinski, Brigitte; Pampel, Bert: "Nazis", "Spione", "Sowjetfeinde"? Die SMT-Verurteilten im April 1953 in Torgau, in: Deutschland-Archiv 5/1995, S.456-466, hier S. 457.

<sup>26</sup> Ebenda, S. 459.

<sup>27</sup> Ebenda, S. 462.

<sup>28</sup> Vgl. Statistischer Bericht für die Zeit vom 1.6.1950 bis 30.6.1950, in: Bundesarchiv Abteilungen Potsdam (zit.: BAP), MdI/3632. Zit. nach: Buddrus, "... im Allgemeinen ohne besondere Vorkommnisse" 1996, S. 20. - Im Originaldokument ist die Kategorie der wegen Delikten nach dem 9. Mai 1945 Verurteilten unscharf und könnte auch als "wegen NS-Verbrechen nach dem 9. Mai 1945" gelesen werden. Zudem sind die "kriminellen Delikte" gesondert ausgewiesen.

Diese Schlaglichter belegen hinreichend die Repressionswirkungen der sowjetischen Besetzung im allgemeinen und des Terrorapparates im besonderen. Wenn man beachtet, daß die genannten Zahlen bis 1989/90 in der Öffentlichkeit überhaupt nicht bekannt waren und der durch Strafandrohung tabuisierte Leidens- und Verfolgungsaspekt der DDR-Vorgeschichte nur durch Hörensagen im kleinsten Kreis weitergegeben wurde, muß nicht umständlich begründet werden, daß die hohe Dunkelziffer, die unklaren Rechts- und Sachbegriffe, die Undurchsichtigkeit des Verfahrens ebenfalls als wichtige Wesenselemente des Staatsterrors begriffen werden müssen und nicht, wie es oft geschieht, als "russisches Chaos". Zweifelsohne gab es vielfach regelrechte Unordnung in den arbeitsmäßig völlig überlasteten Sicherheitsapparaten. Doch nur in einem Rechtsstaat wird öffentliche Ordnung durch klar normierte, jedermann bekannte "ordentliche" Verfahren aufrechterhalten; in einer totalitären Diktatur stellt Ordnung nur ein Ermesenselement der Gewalt dar.

### 3. Die Wirklichkeit der sowjetischen Staatssicherheit in der SBZ

In eklatantem Mißverhältnis zu der unvorstellbar hohen Zahl der Opfern standen die Personaleinsatzsowjetischer Sicherheitsapparate. In der letzten Kriegsphase befanden sich in der Nachhut der nach Deutschland vorgestoßenen sowjetischen Truppen insgesamt nur etwa achthundert Sicherheitsfachleute, nach dem Krieg wurde ihr Personalbestand in der SBZ auf etwa 2.700 und Anfang 1949 nochmals um etwas mehr als einhundert aufgestockt.<sup>29</sup> Unter dem Strich dürfte jedoch ab 1947/48 ihre Gesamtzahl wieder gesunken sein, weil gleichzeitig mit der Übertragung ursprünglich besatzungsrechtlicher Teilaufgaben in die Zuständigkeit der deutschen Verwaltung die Personalplanstellen der Besatzungsadministration in mehreren Stufen radikal gekürzt wurden.

Außerdem waren in der SBZ 1946 zehn Regimenter der sogenannten Inneren Truppen des NKWD/MWD<sup>30</sup> stationiert, also zwischen 8.000 und 15.000 Soldaten des sowjetischen Innenministeriums, die Einrichtungen der Besatzungsverwaltung und zunächst auch die innerdeutsche Demarkationslinie bewachten. 1947 wurden die MWD-Truppen auf etwas über 5.500 Mann demobilisiert,<sup>31</sup> nachdem die ostdeutsche Grenzpolizei ihre Aufgaben zu übernehmen begonnen hatte.

Vor dem Hintergrund des dramatischen Kriegstraumas wurde durch Tarnungsmaßnahmen und stetige interne Reorganisationen nach außen der Eindruck erzeugt, als hätte es sich beim sowjetischen Sicherheitsapparat in der SBZ um riesige und allgegenwärtige Organisationsnetze gehandelt. In Wirklichkeit wurden die Sicherheitsdienste durch Außenstehende nur durcheinandergebracht und ihre Personalstärke dementsprechend mehrfach

<sup>29</sup> Petrow, Nikita: Apparat Upolnomotschennogo NKWD-MWD w Germanii (1945-1953 gg.), Moskwa 1997. Das unveröffentlichte Manuskript, das auf Akten des russischen Sicherheitsdienstes basiert, erscheint demnächst in einem von Alexander von Plato herausgegebenen Sammelband.

<sup>30</sup> Vgl. GARF, 9409s/1s/38, Bl. 12.

<sup>31</sup> Semirjaga, Michail Iwanowitsch: Kak my upravljali Germanijej, Moskwa 1995, S. 166. Auf 8.000 Mann wurde sie Anfang 1948 von den Amerikanern geschätzt S-2 Branch/27 January 1948, in: Bundesarchiv Koblenz (zit.: BAK), OMGUS/7/22-2/28/2.



gezählt. Allerdings ist zugleich zu beachten, daß dieser Sicherheitsapparat als Teil der Besatzungsverwaltung fast unbeschränkte Handlungsvollmacht besaß und er verstand es zudem, durch organisatorische Bündelung unter der Federführung des sowjetischen Ministeriums für Staatssicherheit (MGB)<sup>32</sup> seine Schlagkraft zu erhöhen.

Aufgebaut wurde der sowjetische Sicherheitsapparat in der SBZ durch den 1945 vierzigjährigen NKGB-Kommissar 2. Ranges, Iwan A. Serow<sup>33</sup>. Als Generalstabs-Offizier ausgebildet, war Serow bei Kriegsbeginn an führender Stelle an der Gleichschaltung der baltischen Republiken und Ostpolens beteiligt gewesen, im Krieg bei Massen-Deportationen wie bei der Evakuierung von Fabriken eingesetzt oder auch als Truppenkommandeur an besonders heiklen Frontabschnitten. Gegen Kriegsende marschierte er mit einigen hundert Sicherheitsfachleuten als NKWD-Beauftragter im Rücken der Heeresgruppe Schukow durch die Ukraine, Weißrußland und Polen bis nach Berlin. Im April 1945 wurde er zum Stellvertreter Schukows ernannt<sup>34</sup> und zwei Monate später zum NKWD-Bevollmächtigten bei den sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland.<sup>35</sup> Damit wurden ihm in der SBZ ausdrücklich alle Mitarbeiter des NKWD, des NKGB, der militärischen Gegen-

<sup>32</sup> MGB für Ministerstwo oder Ministr gossudarstwennoi besopassnosti, d.i. Ministerium/Minister für Staatssicherheit der UdSSR (ab 1946, vorher NKGB).

<sup>33</sup> Serow, Iwan Alexandrowitsch (1905-1990); 1945 Generaloberst, 1955 Armeegeneral, 1963 Generalmajor (degradiert); 1926-65 WKP(B)/KPdSU; 1939 Kommissar der Staatssicherheit III. Ranges, Leiter Sowjetisierungskampagnen in Baltikum und Ukraine (Ostpolen), ab Okt. 1941 stellvertretender Volkskommissar der UdSSR für Inneres; 1944-45 als NKWD-Beauftragter mit Sicherungsaufgaben im Rücken der Kampftruppen in der Ukraine, in Polen und in Deutschland betraut. 1945-47 Stellvertretender Oberster Chef der SMAD für Zivilverwaltung, Geheimdienstchef in der SBZ und in dieser Eigenschaft gleichzeitig Stellvertreter des Oberkommandierenden der Besatzungstruppen, 1946-54 stellvertretender Minister des Innern der UdSSR; 1954-58 Gründer und Erster Leiter des Komitees für Staatssicherheit (KGB), 1958-62 Chef militärischer Geheimdienst (GRU). Nach Enttarnung von Oberst O. Penkowski (wegen Spionage für USA und England) 1963 degradiert, 1965 u.a. wegen Verletzung der Rechtsstaatlichkeit während seiner Tätigkeit in Deutschland aus der KPdSU ausgeschlossen.

<sup>34</sup> Predsedatel GOKO - Stalin/Postanowlenije GOKO/22.4.1945, in: GARF, r 9401/2/95, Bl. 319-320.

<sup>35</sup> Berija/GOKO - Stalin/22.6.1945, in: GARF, r 9401/2/97, Bl. 8-10.

spionage und die NKWD-Truppen unterstellt.<sup>36</sup> Generaloberst Serow, wie er jetzt genannt wurde, war damit gleichzeitig stellvertretender Volkskommissar des Innern der UdSSR und ein Multi-Funktionär der sowjetischen Besatzungsverwaltung in Deutschland (Bevollmächtigter des NKWD bei den Besatzungstruppen in Deutschland, Stellvertreter des Oberkommandierenden der Besatzungstruppen und des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland mit Zuständigkeit für den Aufbau und Kontrolle der deutschen Verwaltung in der SBZ). Dem Generalobersten unterstand nicht nur der gesamte sowjetische Sicherheitsapparat in der SBZ, sondern zugleich - und dies ist hervorzuheben - die gesamte ostdeutsche Verwaltung einschließlich des Justizapparats.

Der Sicherheitsapparat wurde 1945 von Serow in die SMAD eingebaut, wie er seinem Vorgesetzten Berija meldete, ab Herbst 1946 wurde diese einheitliche Struktur aus Mitarbeitern des sowjetischen Innen-, Staatssicherheits- und Verteidigungsministeriums wieder entflochten und teilweise aus der Besatzungsverwaltung herausgelöst. Seitdem gliederte sich der Sicherheitsapparat in zwei Hauptstränge:

1. Innerhalb der SMAD-Abteilung bzw. - ab 1947 - Verwaltung für innere Angelegenheiten wirkte unter der Leitung des Obersten (später Generalmajors) Pawel Michailowitsch Malkow eine Organisationsstruktur aus Mitarbeitern des sowjetischen Innenministeriums. Sie nahm (nach sowjetischem Rechtsverständnis) klassische Aufgaben des Innenressorts wahr; im Sicherheitsbereich konzentrierte sie sich mit Hilfe der Mitte 1946 durch ihre Initiative gegründeten ostdeutschen Zentralverwaltung des Innern zunehmend auf die Vereinheitlichung und Zentralisierung der ostdeutschen Landespolizeien. Nach Auflösung der SMAD waren in der Nachfolgebehörde - der Sowjetischen Kontrollkommission (SKK) - nur noch 73 Planstellen für die sachlich der früheren Innenverwaltung der SMAD entsprechende Abteilung für Zivilfragen vorgesehen, die unter anderem mit der Kontrolle der ostdeutschen Polizei beauftragt war.<sup>37</sup> - Eine Sonderverwaltung, die "unmittelbar dem Ministerium des Innern der UdSSR unterstellt" war,<sup>38</sup> bildete die Abteilung Speziallager (Otdel Spezlagerej) der SMAD in Berlin-Hohenschönhausen,

<sup>36</sup> Ebenda.

<sup>37</sup> Vgl. Scherstjanoi, Elke: Das SKK-Statut. Manuskript.

<sup>38</sup> Natschalnik Otdela Spezlagerej Ziklajew/Natschalnik orgutschetnogo Otdela Shtaba GSOWG/11.2.1949, in: GARF, 9409/1/38, Bl. 17.

Genslerstraße. Bis August 1948 war die unselbständige Abteilung fachlich direkt dem stellvertretenden Innenminister der UdSSR unterstellt, danach ging sie an die Verwaltung GULAG des sowjetischen Innenministeriums über.<sup>39</sup>

2. Organisatorisch von der eigentlichen Besatzungsverwaltung getrennt arbeitete ein Netz des sowjetischen Sicherheitsministeriums (MGB).<sup>40</sup>

Mit dieser etwa Ende 1946/Anfang 1947 vollzogenen Entflechtung verlor Serow seine ursprünglich herausgehobene Stellung und kehrte im Frühjahr 1947 ins Moskauer Innenministerium zurück. Zum Chef des MGB-Apparates in der SBZ wurde im Herbst 1946 Generaloberst Nikolai K. Kowaltschuk ernannt, der als "Beauftragter und Stellvertreter des MGB der UdSSR in Deutschland" gleichzeitig stellvertretender Minister für Staatssicherheit der UdSSR war.<sup>41</sup>

Das Hauptquartier des sowjetischen Staatssicherheitsapparates (im engen Sinne des Wortes) befand sich zunächst in Potsdam und wurde im Frühjahr 1947 nach Karlshorst in die Waldowstraße 53-54 verlegt.<sup>42</sup> Obwohl der Dienst nach 1947 tatsächlich nur 400 Mitarbeiter zählte, berichtete später ein sowjetischer Überläufer, daß allein in der Zentrale 2.000 Mann tätig gewesen seien.<sup>43</sup> Bei der Interpretation solcher Angaben ist grundsätzlich zu beachten, daß es zu den grundlegenden Dienstpflichten eines Geheimdienstlers gehört, über seine Organisation nur soviel zu wissen, wieviel er für die Dienstleistung benötigt. Konkret ist zu berücksichtigen, daß bis 1946/47 die Mitarbeiter beider sicherheitsrelevanten Ministerien eine einheitliche Organisationsstruktur gebildet hatten, so daß eine klare Unterscheidung zwischen Mitarbeitern des Staatssicherheits- und Innenministeriums objektiv nicht immer möglich war. Danach waren MGB-Angehörige, die ja höchstens durch Zivilkleidung "uniformiert" waren, nach sowjetischem

<sup>39</sup> Vgl. Otdel Spezlageri MWD SSSR w Germanii, in: GARF, 9409/1.

<sup>40</sup> Kruglow/Stalin/13.2.1947, in: GARF, r 9401/2/168, Bl. 341; vgl. auch: Russian Intelligence Activities in Germany/15 March 1947, in: BAK, OMGUS/AGTS 52/1/8.

<sup>41</sup> Kowaltschuk, Nikolai Kusmitsch; Generaloberst; im Krieg zeitweilig stellvertretender Volkskommissar des Innern (NKWD) der UdSSR. Ab 1947 Chef des MGB-Apparates in der SBZ, dann bis 1953 Innenminister der Lettischen SSR.

<sup>42</sup> Vgl. Information on Soviet Intelligence Organizations/26 January 1948, in: BAK, OMGUS/AGTS 52/1/8.

<sup>43</sup> Gordiewsky, Oleg; Christopher, Andrew: KGB. Die Geschichte seiner Auslandsoperationen von Lenin bis Gorbatschow, München 1990, S. 452.

Recht gegenüber jedem sowjetischen Zivilisten und Soldaten weisungsbehaftet, also auch gegenüber Mitarbeitern des sowjetischen Innenministeriums auf Planstellen der SMAD. Erst 1952 war die Zahl der Mitarbeiter des sowjetischen Sicherheitsministeriums in der DDR tatsächlich auf insgesamt über 2.200 aufgestockt worden, bis Berija nach Stalins Tod die Planstellen radikal auf 328 kürzte. Nach dem 17. Juni 1953 wurden wieder insgesamt 540 Mitarbeiter genehmigt.<sup>44</sup>

Die Länder und Provinzen der SBZ sowie Berlin bildeten sogenannte "operative Sektoren" des MGB-Apparates, in ihnen waren "operative Gruppen" tätig, die nach amerikanischen Quellen aus etwa 20-45 Offizieren bestanden. - Laut bestätigten Angaben zählte der Berliner "operative Sektor" 1947 35 Mitarbeiter. - Bei den (ursprünglich 18, ab 1946 12) Bezirksverwaltungen der SMAD bestanden bis 1948 als mittlere Kontroll- und Führungsebene sogenannte operative Bezirke ("operatiwnyi okrug", abgekürzt: "operokrug") mit 15-20 Offizieren. In Thüringen wurden Gera, Erfurt und Gotha jeweils als Sitz eines "Operokrug" des MGB genannt.<sup>45</sup> In Brandenburg wurden in Brandenburg, Potsdam, Cottbus und Eberswalde "operative Sektoren" des MGB ausgemacht.<sup>46</sup> In größeren Städten bzw. an strategisch wichtigen Punkten (wie auch in den Internierungslagern) bestanden "operative Gruppen" des MGB ("opergruppa"), ab 1949 auch flächendeckend in allen Verwaltungskreisen der SBZ. Die MGB-Büros waren getarnt und von der Besatzungsverwaltung räumlich getrennt; Kontakte zwischen beiden wurden durch bei SMAD-Dienststellen untergebrachte Verbindungsoffiziere aufrechterhalten. Die Kommunikationsstruktur des MGB-Apparates war von der SMAD und von der Armee unabhängig.

In der Anfangsphase war der Sicherheitsapparat, wie schon festgestellt, in den Apparat der SMAD entweder offen oder konspirativ "eingebaut". Auch danach blieben Mitarbeiter der Abwehr und der Aufklärung "getarnt" auf Leitungsplanstellen der SMAD und der SKK. So nahm beispielsweise der Resident der sowjetischen Auslandsaufklärung in der SBZ bis Anfang der fünfziger Jahre die Position des Stellvertreters des Politischen Beraters bei

<sup>44</sup> Angaben nach Petrow, Apparat 1997.

<sup>45</sup> Vgl. HQ European Command Intelligence Center/27 Oct. 1948, in: BAK, OMGUS/ODI 7/22-2/21.

<sup>46</sup> Vgl. Russian Intelligence Activities in Germany/15 March 1947, in: BAK, OMGUS/AGTS 52/1/8.

der SMAD und später der SKK ein.<sup>47</sup> Davon unabhängig setzte nach der Ausgliederung des Sicherheitsapparates aus der allgemeinen Besatzungsverwaltung im Herbst 1946 eine Tendenz ein, daß formell der SMAD zustehende besatzungshoheitliche Aufgaben von dem in ihrem Schatten wirkenden Sicherheitsapparat nach und nach aufgesogen wurden. Allgemein kann davon ausgegangen werden, daß dieser Absorptionsprozeß 1948 sehr weit fortgeschritten und in den zentralen politisch-administrativen Bereichen weitgehend abgeschlossen war. Grundsätzlich vollzog er sich jedoch nicht nach formalen Kriterien, vielmehr wurden entsprechend der aktuellen Bedarfslage fachliche oder regionale Schwerpunkte gebildet. Im räumlichen Bereich der für die Urangewinnung zuständigen Wismut SAG läßt sich beispielsweise die (verdeckte) Oberherrschaft des MGB-Apparates über die SMAD schon für 1946 nachweisen.<sup>48</sup>

Der MGB-Apparat erfüllte Abwehraufgaben sowohl innerhalb des sowjetischen Personals als auch innerhalb der ostdeutschen Bevölkerung. Die Aufklärung und Beobachtung sogenannter subversiver Elemente (frühere Angehörige der NSDAP, der SS usw.), der politischen Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und der Schulen sowie - im Zusammenwirken mit der Innenverwaltung der SMAD - die Oberaufsicht über die deutsche Polizei, Verwal-

<sup>47</sup> Oberst Alexandr Michailowitsch Korotkow (1945-46), Generalmajor Leonid Andrejewitsch Malinin (1946-1948) und Wassili Fjodorowitsch Rasin (auch genannt: Wassili Petrowitsch Roschtschin, eigentl. Jakob Fjodorowitsch Tischtschenko) (1948-49). Vgl. Murphy, David E.; Kondrashev, Sergei A.; Bailey George: *Battleground Berlin. CIA vs. KGB in the Cold War*, New Haven, London 1997, S. 21, S. 33, 47. - Generalleutnant Iwan Iwanowitsch Iljitschow, bis 1946 Chef der Hauptverwaltung Aufklärung beim Generalstab der Roten Armee, tauchte schon im Mai 1949 an prominenter Stelle auf internen Verteilern der SMAD auf, später wurde er in der SKK offiziell Stellvertreter Semjonows als Politischer Berater.

<sup>48</sup> So wies der Landrat des Kreises Annaberg seine Abteilungsleiter am 26. Okt. 1946 an: "Der Chef der NKWD wünscht, daß ihm alle Maßnahmen und Verfügungen, die irgendwie politische Auswirkungen haben können, vor Erlaß im Entwurf vorzulegen sind, auch wenn sie von der Kommandantur angeordnet werden, weil die Kommandantur angeblich nur die wirtschaftliche, die NKWD die politische Verantwortung zu tragen habe ...". Zit. nach: Kaden, Mario: *Kriminalität, Polizei-, Justiz- und Sicherheitsapparat in der "Uranprovinz" 1946 bis 1958*, in: Karlsch, Rainer/Schröter, Harm (Hg.): *"Strahlende Vergangenheit"*. Studien zur Geschichte des Uranbergbaus der Wismut, St. Katharinen 1996, S. 134-170, hier S. 160.

tung und Justiz zählten zu den herausragenden Aufgaben des Sicherheitsapparates in deutschen Angelegenheiten.<sup>49</sup>

Die Verbindung des sowjetischen Sicherheitsapparates zu deutschen Dienststellen ist zunächst unter administrativen Gesichtspunkten zu sehen: Sicherheitspolitisch relevante Berichte ostdeutscher Verwaltungsstellen und der zugelassenen politischen Parteien gingen an Dienststellen der sowjetischen Besatzungsverwaltung und damit z.T. mittelbar an den MGB-Apparat, vom MGB unmittelbar wurde in der SBZ die Zensur von Post, Telegraf und Telefon wahrgenommen. Der sowjetische Sicherheitsapparat verfügte damit faktisch über einen totalen technischen Zugriff auf die ostdeutsche Verwaltung und das gesamte politische Leben. Relativ gering war die Zahl seiner geheimen deutschen Informanten. Ein amerikanischer Bericht gibt beispielsweise für Erfurt 30-40 geheime Vertrauensleute an, die wöchentlich mündliche Berichte abstatteten;<sup>50</sup> insgesamt besaß die sowjetische Geheimpolizei in der SBZ nach sowjetischen Angaben zum 1. Januar 1946 2.304 und 1949 3.084 deutsche Spitzel.<sup>51</sup> Bei der Anwerbung von Spitzeln spielte damals übrigens ihre Zahl die ausschlaggebende Rolle und kaum die Intensität oder gar "Qualität" ihrer "schmutzigen Arbeit". Dieses Bild ergibt sich zumindest aus den Rekrutierungsanweisungen und Rekrutierungsplänen, die der überforderte sowjetische Geheimdienst in der SBZ bei weitem nicht erfüllen konnte. Obwohl diese Praxis also keineswegs auf polizeitaktischen Überlegungen beruhte, sondern bekanntlich allgemein das ganze stalinistische Herrschaftssystem kennzeichnete, waren die Folgen solcher "Unordnung" zweischneidig: Denn je "schlechter" ein Terrorapparat ist, desto schlimmer sind seine Willkürakte.

Berichte über die Stimmung in der Bevölkerung sammelten traditionell nicht nur ostdeutsche Verwaltungen, sondern auch das "Sowjetische Nachrichtenbüro" in der SBZ, ein Mittelding zwischen öffentlicher Presse- und geheimer Informationsagentur. Das SNB - so die Abkürzung - besorgte nicht nur die Lenkung der gesamten Presse und des Rundfunks in der SBZ, sondern sammelte auch Informationen über das ökonomische und politische Leben. Für diesen Zweck unterhielt das SNB in allen Ländern der SBZ

<sup>49</sup> Vgl. Russian Intelligence Activities in Germany/15 March 1947, in: BAK, OMGUS/AGTS 52/1/8.

<sup>50</sup> Political Intelligence Report 21/16 June 1948, in: BAK, OMGUS/AGTS 39/1a/2.

<sup>51</sup> Semirjaga, *Kak my upravljali* 1995, S. 169 und 169.

Filialen; 110-120 Berichterstatter waren beispielsweise 1949/50 für das SNB in Sachsen tätig. Die Landesfilialen standen unter der Leitung eines sowjetischen Offiziers, dem ein deutscher Stellvertreter beigeordnet war: Von den Stellvertretern sind bisher nur drei namentlich bekannt, alle waren als KPD-Mitglieder in der Moskauer Emigration gewesen; zwei waren Mitarbeiter des sowjetischen Geheimdienstes,<sup>52</sup> einer wurde später Generalleutnant der Staatssicherheit.<sup>53</sup> Infolge der deutsch-sowjetischen Durchmischung seines Personals muß der SNB-Apparat als eine besondere "Lehr-einrichtung" betrachtet werden, in der in direkter Form "Entwicklungshilfe" beim Aufbau eines Überwachungsstaates nach sowjetischem Vorbild betrieben wurde. Eine ähnliche Einrichtung zur praktischen Erlernung sowjetischer Erfahrungen in der Manipulation der Rundfunkarbeit bestand bei der Informationsverwaltung der SMAD. In deren Gehaltslisten ist auch Markus Fridrichowitsch Wolf verzeichnet, der dort seine ersten Erfahrungen auf dem Gebiet der Informationsmanipulation sammeln konnte.

Die relative Auffächerung der einzelnen Initiativen sollte nicht darüber hinwegtäuschen, daß im Prinzip in Ostdeutschland zwei Arbeitsstränge des sowjetischen Sicherheitsapparates feststellbar sind, deren Führung auf das sowjetische Innen- und das Sicherheitsministerium verteilt war. Es liegt nahe, daß diese latente Konkurrenz zu Konflikten zwischen beiden geführt hat, doch würde es zu weit führen, hier den Verlauf genauer darzulegen, zumal die Ursachen für die blutigen Kämpfe zwischen den sowjetischen Diensten nicht speziell in der sowjetischen Sicherheitspolitik in der SBZ/DDR zu suchen sind, sondern eine viel breitere Kulisse hatten, hinter der auch das Außen- und das Verteidigungsministerium agierten. Ohne Zweifel hatten solche Auseinandersetzungen jedoch Einfluß auf die sowjetische Sicherheitspolitik in der SBZ: Nach der Entzerrung der Apparate wurden 1947 vier der sechs Landeschefs des MGB in der SBZ amtsenthoben und einige in der Sowjetunion unter Anklage gestellt. 1948 widerfuhr dieses Schicksal auch dem früheren Chef des MGB im sowjetischen Sektor von Berlin, Generalmajor Alexej M. Sidnjew, der als Marodeur zum Tode verurteilt und hingerichtet wurde.<sup>54</sup> Die Feststellung schließlich, daß deutsche

<sup>52</sup> Franz Gold und Georg Hansen, ursprünglich Willi Leitner.

<sup>53</sup> Franz Gold.

<sup>54</sup> Vgl. Protokoll des Verhörs von Sidnjew, A. M. vom 6. Febr. 1948, in: Wojennyje archiwy 1/1993, S. 197-207.

Partei- oder Verwaltungsstellen über Interna der Arbeitsteilung zwischen sowjetischen Sicherheitsdienststellen durchaus genauer informiert sein konnten als Teile der sowjetischen Besatzungsverwaltung, trägt zwar in keiner Weise zur Transparenz bei, ganz im Gegenteil, aber sie ist sehr gut geeignet, Verständnis für die in diesem Bereich aufgetretene Dynamik zu wecken. Um die komplexe Verteilung der internen Kompetenzen zwischen den einzelnen Fachdiensten zu skizzieren, genügt ein Beispiel: Die Antifa-Schulen in deutschen Kriegsgefangenenlagern in der Sowjetunion unterstanden nach 1945 dem sowjetischen Innenministerium, ihre Absolventen aber wurden in der SBZ vorzugsweise in Bereichen eingesetzt, die inzwischen in die Fachkompetenz des Sicherheitsministeriums geraten waren. - Deshalb muß hier der Hinweis genügen, daß diese internen Kämpfe erst 1954 mit der Bildung des "Komitees für Staatssicherheit" (KGB) beim Ministerrat der UdSSR ein vorläufiges Ende finden sollten. Diesem inneradministrativen Krieg, der im Dezember 1953 mit der Hinrichtung Berijas und mehrerer Weggenossen seinen Höhepunkt erreichte, fielen - mit einer Ausnahme - auch alle in der Nachkriegszeit amtierenden sowjetischen Sicherheits- und Innenminister zum Opfer. Als Sieger gingen daraus der damalige Parteichef N. S. Chruschtschow, der Verteidigungsminister Marschall G. K. Schukow und Generaloberst Iwan A. Serow hervor, der erster Vorsitzender des KGB wurde. Die drei Genannten hatten sich schon in den dreißiger Jahren in der Ukraine kennengelernt, Schukow und Serow standen zwischen 1944 und 1946 in engstem dienstlichem und während des gemeinsamen einjährigen Einsatzes in Berlin auch in sozialem Kontakt.

Nach dieser Zwischenbemerkung zurück zur SBZ: 1948 drängte in Moskau nicht die Besatzungsverwaltung auf eine "Verstärkung der Staatssicherheit", sondern die Führung der SED. Schon am 6. Juli 1948 faßte deshalb der sowjetische Ministerrat einen Beschluß über die "Stärkung der deutschen Polizei in der Sowjetischen Besatzungszone". Dagegen opponierte allerdings sehr vehement der sowjetische Sicherheitsapparat. Noch im Dezember 1948 intervenierte der Sicherheitsminister Abakumow bei Stalin und verlangte, aus Rücksicht auf die Westalliierten die (politischen) K 5-Dezernate der deutschen Kriminalpolizei aufzulösen, weil die Amerikaner und Briten sie wegen ihrer Spitzelnetze als "deutsche Gestapo" bezeichneten. Für nicht zweckmäßig hielt das sowjetische Ministerium für Staatssicherheit auch die von Ulbricht in Moskau vorgetragene Wünsche nach Errichtung deutscher Staatsschutzbehörden und begründete dies damit, daß dann in den Westzonen ebenfalls deutsche Aufklärungsorgane entstehen würden. Außerdem



herrsche Mangel an zuverlässigem deutschem Personal. Und überhaupt "besteht keine Notwendigkeit, für solche Zwecke einen deutschen Apparat zu bilden"<sup>55</sup>, weil in der SBZ die Abwehr Organe des MGB leisten.

Es sei vermerkt, daß Ulbrichts Kontakte zu führenden Persönlichkeiten des sowjetischen Innenministeriums als sehr kollegial qualifiziert werden können. In diesem Konflikt zwischen der SED-Führung und dem sowjetischen Sicherheitsministerium gab sich Pieck kompromißbereit und bot im Dezember 1948 in Moskau die Auflösung der ostdeutschen politischen Polizei (K 5) an. Er schlug vor, statt dessen unter direkter Kontrolle der sowjetischen Besatzungsorgane und des Präsidenten der ostdeutschen Zentralverwaltung des Innern eine "Hauptabteilung zum Schutze der Wirtschaft und der demokratischen Ordnung" zu bilden.<sup>56</sup> Am 28. Dezember 1948 gab das sowjetische Politbüro dem Antrag Piecks und Grotewohls vom 18. Dezember statt, in der SBZ die "Staatliche Sicherheit" zu verstärken.<sup>57</sup> In einem Vollzugsbericht des Staatssicherheitsministers Abakumow an Stalin vom 2. April 1949 hieß es, daß zur "Leitung und Kontrolle der deutschen Sicherheitsorgane" zusätzlich 115 MGB-Mitarbeiter nach der SBZ abgestellt würden, damit bei allen Kreisverwaltungen der entstehenden deutschen Staatssicherheit entsprechende Einrichtungen des MGB-Apparates eingerichtet werden können.<sup>58</sup>

Zweifellos brachte dieses massive Drängen der SED-Führung in Moskau den Wunsch nach Fortsetzung des Klassenkampfes durch die politische Polizei, mit staatsterroristischen Mitteln also, zum Ausdruck, denn in Moskau war schon seit 1945 bekannt gewesen, daß in der SBZ "die Mehrheit der Arbeiterklasse noch nicht kampfbereit hinter der sozialistischen Partei" stehe, wie Grotewohl auf der Ersten Parteikonferenz der SED 1949 in aller Offenheit zu Protokoll gab.<sup>59</sup> Außer diesem besonderen politischen

<sup>55</sup> Vgl. Petrow, Apparat 1997.

<sup>56</sup> Vgl. Pieck: "Antwort auf die Fragen zur Besprechung am 18.12.48", in: Badstübner, Rolf; Loth, Wilfried (Hg.): Wilhelm Pieck - Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945-1953, Berlin 1994, S. 247-259 sowie S. 261f. - Die Dienststellen der K 5 wurden tatsächlich im Sommer 1949 aufgelöst, vgl. Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (Hg.): Der Staatssicherheitsdienst. Ein Instrument der politischen Verfolgung in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Bonn u.a. 1962, S. 17.

<sup>57</sup> Vgl. Ergebnis der 4stündigen Besprechung am 18.12.1948, in: Badstübner; Loth: Wilhelm Pieck 1994, S. 261f.

<sup>58</sup> Petrow, Apparat 1997.

<sup>59</sup> Protokoll der Ersten Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands,

Konzept der totalitären "Diktatur der Partei über die Arbeiterklasse" und über das Volk ist aber zugleich kritisch die Tatsache zu würdigen, daß die Ministerpräsidenten der US-Zone etwa zum gleichen Zeitpunkt - konkret am 9. April 1948 - in einem Memorandum an General Lucius Clay zum ersten Mal um Genehmigung zum Aufbau "einer zentralisierten deutschen Geheimdienst-Organisation" ansuchten,<sup>60</sup> weil dieser Zufall zumindest auf eine gewisse gemeinsame Verwaltungstradition hinsichtlich der Überbewertung der polizeilichen Staatssicherheit hindeutet. Die westlichen Besatzungsmächte - und vor allem die Amerikaner - verhielten sich in dieser Frage allerdings weit reservierter als die Russen: Erst ein Jahr später wurde dem Präsidenten des Parlamentarischen Rates die Prüfung eines solchen Antrags in Aussicht gestellt.<sup>61</sup> Zweifellos gelang es den Westalliierten weit besser als den Sowjets, den deutschen Dienstleister zu bremsen.

---

Berlin (Ost) 1949, S. 335, sowie Entschließung der Ersten Parteikonferenz vom 28.1.1949, in: ebenda, S. 542.

<sup>60</sup> Vgl. Werkentin, Falco: Die Restauration der deutschen Polizei. Innere Rüstung von 1945 bis zur Notstandsgesetzgebung, Frankfurt/M. 1984, S. 49.

<sup>61</sup> Ebenda, S. 66.

## Zusammenfassung

Die Wirklichkeit des sowjetischen Repressionsapparates, soweit sie an seiner Organisation und personellen Stärke ablesbar ist, scheint auf den ersten Blick auch dann in einem Mißverhältnis zu seiner Wirkung zu stehen, wenn die ihm zustehenden fast unbeschränkten Vollmachten in die Überlegung miteinbezogen werden. Sogar die hilfswise Berücksichtigung ostdeutscher Dienststellen in ihrer Rolle als Helfershelfer überzeugt nicht. Vielmehr muß ein erheblicher Teil der durch die sowjetische Besatzungsmacht in der Bevölkerung ausgelösten und aufrechterhaltenen Einschüchterung auf Erschütterungen, auf das Klima der Willkür und Rechtlosigkeit zurückgeführt werden, die die nationalsozialistische Diktatur, der Krieg und seine unmittelbaren Folgen hinterließen. Diese in allen Dimensionen unmittelbar existentielle Bedrohungsangst mißbrauchte eine verhältnismäßig kleine, infolge stalinistischer wie nationalsozialistischer Verfolgung nicht minder traumatisierte Gruppe mit aktiver Unterstützung der Besatzungsmacht als Nährboden für ihre autoritäre Machtanmaßung, die ohne jede politisch-demokratische Legitimation nur mit terroristischen Mitteln aufrechterhalten werden konnte. Willkür und Rechtlosigkeit wurden dadurch als "staatstragende Elemente" institutionalisiert.

Um zu der anfangs gemachten Bemerkung über das stalinistische Machtsystem zurückzukommen: Eine Tradition der Massenrepression war in der SBZ vorhanden gewesen, bevor die sowjetische Besatzungsmacht die KPD/SED in den Sattel hob; der Personenkult um Stalin war in der KPD seit 1929 zelebriert worden, so daß 1945 in der SBZ - von "technischen Details" abgesehen - nur die Durchsetzung einer allgemein verbindlichen einheitlichen Ideologie zur Kaschierung der Machtanmaßung der KPD/SED fehlte.

Um noch das Verhältnis zwischen Wirkung und Wirklichkeit im Staatsterrorismus anzusprechen, sei in aller Kürze ein Vergleich zwischen den etwa 500 Mitarbeitern des sowjetischen Sicherheitsministeriums und den - höchstens - zweieinhalbtausend Mitarbeitern des sowjetischen Innenministeriums in der SBZ erlaubt, die das staatspolizeiliche System der realen DDR zwischen 1945 und 1950 geschaffen hatten, und auf der anderen Seite den ca. 91.000 hauptberuflichen Mitarbeitern des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR; oder ein Vergleich zwischen den 3.000 deutschen Spitzeln des sowjetischen Geheimdienstes in der SBZ 1949 und den Hunderttausenden

informellen Mitarbeitern des Ministeriums für DDR-Staatssicherheit. Schon die absurden Relationen stehen einer ernsthaften Auseinandersetzung über das Verhältnis zwischen Wirkung und Wirklichkeit im Wege, weil jede Antwort nur mit verschiedenen Worten eine Perversion beschreiben würde. Um die Absurdität in eine methodisch korrekte statistische Perspektive zu bringen: Die Staatssicherheit der DDR beschäftigte 1989 noch 36mal mehr Personal als der stalinistische Terrorapparat, den die Besatzungsmacht in der SBZ in den ersten Nachkriegsjahren unterhalten hatte. Berücksichtigt man nur die damaligen ca. 500 Mitarbeiter des sowjetischen Staatssicherheitsministeriums in der SBZ, dann war das Ministerium für DDR-Staatssicherheit 1989 personalmäßig fast 200mal stärker ausgestattet als ihr realhistorisches "sowjetisches Vorbild". Angesichts solcher Zahlen kommt man nicht um die Feststellung umhin, daß es sich zweifelsfrei nicht um ein Organ der "Staatssicherheit" handelte, sondern um eine Formation zur Abschreckung, Bedrohung und Einschüchterung der Staatsbürger in einem permanenten Bürgerkrieg.

**Wolfgang Buschfort**

## **Die Ostbüros der Parteien in den 50er Jahren<sup>1</sup>**

Wenn man sich seriös mit der Geschichte der vielen Organisationen beschäftigt, die im Kalten Krieg tätig waren, so hat man sich mit Unmengen von Vorwürfen auseinanderzusetzen. Besonders den Ostbüros der Parteien SPD, CDU und FDP sind zuhauf Dinge vorgeworfen und in der Zeit zwischen 1948 und den 70er Jahren vor allem in der ostdeutschen Presse publiziert worden, ab den 60er Jahren zunehmend aber auch im Westen. Von erfrorenen Kartoffeln im Winter über zerlaufene Butter im Sommer, für die der SPD-Ostbüroleiter Stephan Thomas verantwortlich gewesen sein soll, bis hin zur fest propagierten Behauptung, Thomas sei britischer Agent gewesen - weil er nämlich in einem britischen Antifa-Camp in Kriegsgefangenschaft gewesen sei. Karl-Eduard von Schnitzler ist dies übrigens nie vorgeworfen worden. Er war im selben Camp und hat mit Stephan Thomas gemeinsam beim deutschsprachigen Programm der BBC gearbeitet.

Doch bevor ich zu den Spionagevorwürfen zurückkomme, die auch gegen die anderen Ostbüros, die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit, den Untersuchungsausschuß freiheitlicher Juristen und den RIAS vorgebracht wurden, müssen wir uns mit der gesamtpolitischen Situation der Jahre 1945 ff auseinandersetzen.

Die Tätigkeit der Ostbüros der Parteien kann nur verstanden werden, wenn man sich die allgemeine politische Situation damals in Deutschland vor Augen führt, wie auch die Parteiengeschichte. Denn die Ostbüros entstanden aus der speziellen Unterdrückungssituation der einzelnen Parteien in der SBZ heraus. Parteien konstituierten sich schnell in den vier besetzten Zonen Deutschlands, doch in der SBZ erhielten sie als erste - noch vor der Potsdamer Konferenz, wo dies eigentlich als Gesprächsthema vorgesehen war - eine Zulassung. Somit konstituierten sich in der Reichshauptstadt Parteien, die sich als für Gesamtdeutschland zuständig sahen, es jedoch bis auf die KPD nicht waren. Sie waren für die Sowjetische Zone zuständig, die LDP zunächst nicht einmal das.

<sup>1</sup> Erweiterte Fassung eines Vortrags am 11.12.1996 im Rahmen der Veranstaltungsreihe des Berliner Landesbeauftragten

## Das Ostbüro der SPD

Die erste Partei, die ein Ostbüro betrieb, war die West-SPD. Es würde zu weit führen, die ganze Geschichte der Vereinigung von SPD und KPD zur SED zu behandeln. Wichtig bleibt festzustellen, daß ein gewichtiger Teil der Mitgliedschaft mit dieser Vereinigung nicht einverstanden war und man sich hier an der noch existierenden West-SPD unter Kurt Schumacher in Hannover orientierte. Dr. Kurt Schumacher war seit dem Treffen von Wennigsen im Herbst 1945 offiziell für die Parteiarbeit in den Westzonen zuständig. Er sah im Vereinigungsdrang der KPD schon früh deren Versuch, zumindest im Osten Deutschlands die Macht zu erringen. Er fühlte sich durch die Berichte über Zwangsmaßnahmen der Sowjets gegen Sozialdemokraten in seiner Anschauung bestärkt. Geprägt hatten ihn seine Erfahrungen in der Weimarer Zeit: Das Paktieren der Kommunisten mit den Nationalsozialisten gegen die ungeliebte Republik, etwa beim Streik der Berliner Verkehrsbetriebe, aber auch die feindselige Haltung, die die KPD in dieser Zeit der SPD gegenüber einnahm, waren ihm noch in frischer Erinnerung.

Am 8. Februar 1946 trafen sich an der Zonengrenze, in Braunschweig, Kurt Schumacher und Herbert Kriedemann von der West-SPD mit den Ostgenossen Otto Grotewohl und Gustav Dahrendorf. Deren Schilderung der Ereignisse in der SBZ übertraf die Befürchtungen der Westzonen-Genossen bei weitem. Eine Vereinigung, so erklärten Grotewohl und Dahrendorf, lasse sich nicht mehr verhindern - auch dann nicht, wenn sich der Berliner Zentralausschuß gegen den Zusammenschluß wende. Schumacher legte Grotewohl daraufhin nahe, die Ost-SPD aufzulösen, dieser hatte die Auflösung der eigenen Partei noch vier Monate zuvor für diesen Fall in Aussicht gestellt. Das sei nicht mehr machbar, meinte Grotewohl jetzt; er wolle aber zumindest versuchen, gemeinsam mit seinen Mitarbeitern den demokratischen Charakter der künftigen Einheitspartei zu sichern.

Da nach der Vereinigung im Osten Deutschlands eine legale Tätigkeit ausgeschlossen war, wollte sie in der SBZ aus der Illegalität heraus wirken. Diesem Zweck sollte von nun an das Ostbüro dienen. In Anknüpfung an alte sozialdemokratische Traditionen, die sich im Kaiserreich und in der NS-Zeit bewährt hatten, plante Schumacher direkt nach dem Treffen mit Grotewohl und Dahrendorf im Februar 1946 die Einrichtung einer "Untergrundorganisation" in der sowjetischen Zone. Entsprechend äußerte er sich gegenüber dem politischen Berater des britischen Oberbefehlshabers in Berlin, William Strang. Dieser telegraphierte am 23. Februar 1946 nach London: "His plan

seems to be to maintain contact underground organization inside the United Party, for which he is already making arrangement.”<sup>2</sup> Schumacher sah also zwei Monate vor der Vereinigung schon die weitere Entwicklung vor sich, salopp könnte man sagen: Zu bremsen war eh nix mehr!

Da die SPD in der SBZ nun nicht mehr existierte und die SED sich anschickte, auch in den westlichen Besatzungszonen aktiv zu werden, war mit der Zwangsvereinigung auch die Übereinkunft von Wennigsen obsolet geworden, mit der beide sozialdemokratischen Führungen ihre Einflußsphären gegeneinander abgegrenzt hatten.

Nach Auffassung der westlichen SPD war die Gleichschaltung ihrer Parteiorganisation in der SBZ inakzeptabel, sittenwidrig, und zudem war sie widerrechtlich erfolgt. Die SPD hielt deshalb ihren Anspruch aufrecht, eine gesamtdeutsche Partei zu sein. Wenn im Osten Deutschlands eine legale Tätigkeit nun ausgeschlossen schien, so war die SPD entschlossen, in der SBZ aus der Illegalität heraus zu wirken. Diesem Zweck sollte von nun an das SPD-Ostbüro dienen.

Ich habe vor einigen Monaten den Brief eines ostdeutschen Professors erhalten, hochrangiger Mitarbeiter der sogenannten Juristischen Hochschule in Potsdam, der mir auf eine meiner Veröffentlichungen hin vorwarf, ich würde vergessen, daß das Ostbüro als Agenten- und Spionageorganisation gegründet wurde. Diese sollte, so Stasi-Professor Opitz, die DDR unterwandern. Doch das Ostbüro war zunächst eine reine Hilfsorganisation für ostdeutsche Sozialdemokraten, und die DDR gab es erst dreieinhalb Jahre später. Unterwandern wollte man nicht die DDR oder die SBZ, sondern die Fusionspartei, und das war im Februar 1946 noch lange nicht identisch! Als man das SPD-Ostbüro gründete, ging man zudem nicht von einer langen Tätigkeit aus; ein oder zwei Jahre, dann werde der rote Spuk schon vorbei sein, und die SPD werde gestählt aus der illegalen Arbeit heraus wieder das Licht aktueller Politik erblicken.

Vor allem die Flüchtlingsbetreuung wurde schon während des Vereinigungsprozesses zu einer der zentralen Aufgaben des SPD-Ostbüros. Zu den ersten SPD-Flüchtlingen aus der SBZ gehörte auch der erste Leiter dieser Flüchtlingsbetreuungsstelle, Rudi Dux, ein sozialdemokratischer Journalist, der als NS-Widerstandskämpfer zwei Jahre inhaftiert war und nach Kriegsende in Magdeburg die SPD mitaufgebaut hatte. Er mußte im Februar 1946 nach Konflikten mit der Sowjetischen Militäradministration fliehen.

<sup>2</sup> Vgl. Buschfort, Wolfgang: Das Ostbüro der SPD, München 1990, S. 17f.

Rudi Dux schickte Kuriere in die SBZ, wo versucht werden sollte, alte Verbindungen zu Genossen aufzunehmen bzw. zu vertiefen, um so herauszufinden, ob es sich bei den eingetroffenen Flüchtlingen tatsächlich um verfolgte Sozialdemokraten handelte. Gleichzeitig nahm man Flugschriften, Reden von Schumacher, mit.

Die Mitarbeiter des Ostbüros pflegten nicht nur die verdeckt agierende Parteiorganisation in der SBZ, sondern befragten auch die in Hannover eintreffenden Flüchtlinge. Denn nur eine Partei, die über die grundlegenden Veränderungen, die sich in Ostdeutschland vollzogen, im Bilde war, konnte glaubwürdig den Anspruch aufrechterhalten, gesamtdeutsch tätig zu sein. Ausgewertet wurden auch Zeitungen und andere Schriften, die das Ostbüro aus der SBZ erhielt.

Im Rahmen der "Reorganisation des Ostzonenbüros" übernahm am 1. Juli 1947 Siegmund (Sigi) Neumann dessen Leitung. Der Ex-Kommunist Neumann war im Frühjahr 1946 freier Mitarbeiter der SPD geworden. Der Parteivorstand stellte ihm den langjährigen Sozialdemokraten Stephan Thomas, mit bürgerlichem Namen Grzeskowiak, zur Seite.

Thomas war Jahrgang 1910, konnte nach einer Lehre das Arbeiterabitur auf der Berliner Karl-Marx-Schule ablegen und in Berlin, London und Warschau studieren. 1933 war er als "Peter the Pole" und "Thomas" in die Illegalität gegangen. Bevor der Parteivorstand ihn zum stellvertretenden Leiter des Ostbüros berief, war er im Auftrag Schumachers im Polizeipräsidium von Hannover tätig.

Die beiden begannen ihre Arbeit mit der Zusammenstellung von Listen vertrauenswürdiger Genossen in der SBZ, um die Partei nach dem bald erwarteten Abzug der Sowjets schnell wieder aufbauen zu können. Die Parteifreunde in der SBZ erhielten von nun an öfter Besuch aus dem Westen. Die Gäste wollten nicht nur etwas mehr über die bereits illegal tätigen anderen Genossen erfahren, sondern hofften gleichzeitig auf neue Namen. Oft meldeten sich alte Parteimitglieder aus dem Osten Deutschlands, aber auch selbst bei der Westzonen-SPD. So erhoben die Sozialdemokraten aus Gera förmlich Anspruch auf zwei Delegiertenmandate beim Nürnberger Parteitag von 1947 - ein Jahr nach der Zwangsvereinigung.



## Das Ostbüro der CDU

Die ostdeutsche CDU wurde bereits kurz nach ihrer Gründung (Gründungsaufruf vom 26. Juni 1945) zum Eintritt in den "Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien" genötigt - anders wäre eine weitere - wenn auch eingeschränkte - politische Tätigkeit der CDU nicht möglich gewesen.

Andreas Hermes, erster CDU-Vorsitzender neben Walther Schreiber, stand der Bodenreform ablehnend gegenüber. Dies war einer der Gründe, die am 19. Dezember 1945 zur Absetzung der beiden durch die sowjetische Besatzungsmacht führten. Nachfolger wurden Jakob Kaiser und Ernst Lemmer. Beide brachten die Partei zu einem großen Wahlerfolg bei den Kommunalwahlen im September 1946 - und in eine Opposition gegen die herrschende SED. Bei den Landtagswahlen einen Monat später erreichte die CDU gar ein Viertel der Stimmen, obwohl viele ihrer Kandidaten im Wahlkampf massiv behindert wurden und in etlichen Wahlkreisen überhaupt keine Bewerber hatten aufgestellt werden können. Selbst in der Arbeiterhochburg Berlin eroberte sie 22 % der Stimmen und wurde nach der SPD, die hier zum letzten Mal weitgehend frei in allen Stadtteilen kandidieren konnte, zweitstärkste Kraft. Die SED erreichte knapp 20 %. Folge der Wahlerfolge war Ulbrichts Versuch, die beiden bürgerlichen Parteien stärker in die Blockpolitik einzubinden: "Das Wachsen der reaktionären Bestrebungen in der CDU und der LDP erfordert (die) enge Zusammenarbeit mit diesen Parteien, um die reaktionären Einflüsse auf die bürgerlich-demokratischen Kräfte zurückzuschlagen",<sup>3</sup> so Ulbricht.

Doch die CDU-Basis folgte den politischen Ansichten ihrer Führung. Auf dem 2. Parteitag der Ost-CDU wurde das Duo Kaiser/Lemmer mit überragender Mehrheit wiedergewählt. Daraufhin wurden beide am 19. Dezember 1947 durch den sowjetischen Marschall Sokolowski ihres Amtes enthoben; der Chefredakteur der CDU-Tageszeitung "Neue Zeit", Wilhelm Gries, wurde ebenfalls abgesetzt. Nachfolgend konstituierte sich in West-Berlin das "Büro Kaiser", dessen Mitarbeiter sich als legitime CDU-Spitze der SBZ fühlten. Zu Kaiser stießen weitere Vorstandsmitglieder und Mitarbeiter der ostdeutschen CDU.

<sup>3</sup> Walter Ulbricht: Zur Strategie und Taktik der SED, in: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. III, Ost-Berlin 1953, S. 73.

Der Grund für den nun von den Westsektoren aus geführten Kampf gegen die sowjetische Politik in der SBZ und den Machtanspruch des neuen Parteivorstandes in Ost-Berlin kristallisiert sich in folgender Äußerung Kaisers von Ende Dezember 1947: Er betonte, „daß in der Ostzone die Möglichkeit, in aufrechter Haltung den demokratischen Weg selbständiger Unionspolitik zu gehen, praktisch nicht mehr gegeben erscheint“<sup>4</sup>. Zur Unterstützung geflüchteter Christdemokraten wurde ein Ostbüro konstituiert, das daneben auch Propaganda in den Osten befördern sollte.

Zur gleichen Zeit hatte man in den CDU-Ortsgruppen, „angeregt (...) durch die starke illegale Tätigkeit der SPD“<sup>5</sup>, über andere Formen der Parteilinie nachgedacht. In einigen Städten unternahm man Annäherungsversuche an die Gruppen des SPD-Ostbüros und begann selbst, Kontakt zum Büro Kaiser in West-Berlin aufzunehmen. Andere Ortsgruppen lösten sich auf oder boykottierten die inzwischen gleichgeschaltete CDU-Presse.<sup>6</sup> Insgesamt war in vielen Bereichen ein hinhaltender Widerstand gegen die Vereinnahmung in die Blockpolitik festzustellen, der jedoch nur in den seltensten Fällen in offene Widerstandsarbeit einmündete.<sup>7</sup>

Das Parteibüro von Kaiser wurde unter Mithilfe der westlichen Alliierten in der Schlüterstraße in Berlin-Charlottenburg eingerichtet. Die Staatssicherheit sah hierin später den Beginn der Ostbürotätigkeit der CDU, geleitet zunächst von Kaiser persönlich.<sup>8</sup> Tatsache ist jedoch, daß das Ostbüro zu diesem Zeitpunkt noch nicht bestand, es gab lediglich Besuche von ostdeutschen Parteifreunden beim Büro Kaiser, Besuche ähnlich jenen später beim Ostbüro. Durch das Vorverlegen der Ostbüroarbeit konnte die Staatssicherheit jedoch den Eindruck erwecken, daß Kaiser, Lemmer und die anderen Vorstandsmitglieder bewußt die SBZ verlassen hätten, um so planmäßig vom ersten Tag ihrer Anwesenheit in West-Berlin Spionage und Sabotage gegen die neue Ordnung im Osten zu treiben. Im Jargon der Staatssicherheit hieß dies, daß Kaiser „bestrebt ist, Deutschland wieder zum Anhängsel des

<sup>4</sup> Erklärung Kaisers im Archiv Christlich Demokratischer Politik (ACDP), III-012-923.

<sup>5</sup> Vgl. Karl Wilhelm Fricke: *Opposition und Widerstand in der DDR*, Köln 1984, S. 60ff.

<sup>6</sup> Vgl. Michael Richter: *Die Ost-CDU 1948-1952*, Düsseldorf 1991, 2. Aufl., S. 52f., hier auch einige Beispiele.

<sup>7</sup> Beispiele aus Sachsen in: BStU, MfS AS 524/66, Bericht über die Tätigkeit der CDU im Land Sachsen vom 24.8.1950.

<sup>8</sup> Vgl. BStU, MfS AFO 267/82, Bd. 1, S. 103.

römischen Papstes und zum Ausbeutungsobjekt für amerikanische Monopolinteressen zu machen.”<sup>9</sup>

Tatsächlich sah die Arbeit des Büros Kaiser jedoch anders aus. Die Staatssicherheit stellte hierzu Ende 1959 zutreffend und ausnahmsweise ohne politische Verfälschungen fest: “Das Büro Jakob Kaiser wurde mit der Perspektive geschaffen, ein Kontaktbüro zwischen West-CDU und den Anhängern Jakob Kaisers im Gebiet der damaligen SBZ Deutschlands zu besitzen. Es sollte ein Verbindungsbüro zwischen dem geflüchteten Hauptvorstand der CDU und den Funktionären und Mitgliedern der CDU in der damaligen SBZ sein, um leichter vertriebene [sic!] CDU-Funktionäre empfangen zu können und die Weiterentwicklung der Ost-CDU zu beobachten.”<sup>10</sup>

Insgesamt flohen mit der Zeit von den 34 Unterzeichnern des Gründungsauftrages der CDU 33 in den Westen, lediglich Otto Nuschke blieb und erhielt Amt und Würden. Von den 14 Vorstandsmitgliedern blieben vier in der SBZ. Zu den geflüchteten CDU-Parteimitgliedern der unteren und mittleren Ebenen gehörte auch Werner Jöhren. Er kam Anfang 1948 aus Usedom nach West-Berlin und begann im Juli 1949 seine Tätigkeit im inzwischen Ostreferat oder auch Ostbüro der CDU genannten Büro. Zwei Monate später wurde er dessen Leiter. Damit fand ein ständiger Führungswechsel sein Ende.

Hauptaufgabe wurde die Überprüfung von geflüchteten Christdemokraten aus der SBZ, um die eigene Partei vor Spitzeln und vor Unterwanderung zu schützen.

<sup>9</sup> BStU, MfS JHS 23246, S. 3.

<sup>10</sup> BStU, MfS AFO 267/82, Bd. 1, S. 197.

## Das Ostbüro der FDP

Ganz anders die Vorgeschichte des FDP-Ostbüros: Das Ostbüro war eine Gründung des LDPD-Landesverbandes in Berlin, der sich von der LDPD-Mutterpartei abgespalten hatte. Grund waren die Gegensätze zwischen dem Ostzonenparteivorsitzenden Külz und dem Landesvorsitzenden Schwennicke in der Frage der Volkskongreßbewegung.

Am 12. Januar 1949 änderte die Berliner LDPD ihren Namen in: "FDP-Landesverband Berlin". Die Parteispaltung der FDP war hiermit abgeschlossen. "Kontakte von LDPD-Mitgliedern zur FDP, die nicht ausdrücklich von der Besatzungsmacht gebilligt oder gewünscht worden waren, galten von nun an als illegal. Im weiteren Verlauf der Entwicklung wurden solche Verbindungen (...) als eine Art antisowjetische Kollaboration mit dem Klassenfeind betrachtet, vor allem, wenn es sich dabei um die Westberliner FDP Schwennickes handelte. Wer bei solchen Kontakten ertappt wurde, konnte mit Verhaftung (...) rechnen."<sup>11</sup>

Nach dem Tod von Külz im April 1948 gingen die Ost-Liberalen in offene Opposition zur SED. Im Juli 1948 drohte die LDPD mit einem Ende der Mitarbeit im Block, die Partei wurde zu einem Sammelbecken derer, die die SED-Politik, die aber auch Kaisers "christlichen Sozialismus" bzw. später die politische Tätigkeit von Nuschke und Hickmann ablehnten. Daraufhin drohte die sowjetische Besatzungsmacht mit der Auflösung der Partei und brach den Widerstand der Parteiführung mit einer Verhaftungswelle.

"Man kommt mit den Verlustmeldungen kaum noch nach", schrieb damals der LDPD-Landessekretär Wolfgang Schollwer aus Potsdam in sein Tagebuch.<sup>12</sup> In Brandenburg setzte 1949/1950 eine Verhaftungswelle bei Abgeordneten des Landtages ein, in Mecklenburg floh der Fraktionsvorsitzende Dr. Scheffler, nachdem er kurzzeitig verhaftet worden war. Ebenfalls in Mecklenburg wurde ein Oppositionskreis um den Studenten Arno Esch zerschlagen, Esch und fünf seiner Mitstreiter 1951 hingerichtet.<sup>13</sup> Der Landwirtschaftsminister von Sachsen, Uhle, und der thüringische Finanzminister Moog wurden der Sabotage beschuldigt, konnten jedoch nach Westen

<sup>11</sup> Schollwer, Wolfgang: Potsdamer Tagebuch 1948-1950: Liberale Politik unter sowjetischer Besatzung, München 1988, S. 23.

<sup>12</sup> Ebd., S. 85.

<sup>13</sup> Vgl. Köpke, Horst u. Wiese, Friedrich-Franz: Mein Vaterland ist die Freiheit. Das Schicksal des Studenten Arno Esch, Rostock 1990.

entkommen. Hermann Kastner wurde, nachdem er sich gegen eine Einheitslistenwahl ausgesprochen hatte, im Juli 1950 aus der Partei ausgeschlossen, der Generalsekretär der Partei, Günter Stempel, im August vom neugegründeten Staatssicherheitsdienst verhaftet und der sowjetischen Geheimpolizei übergeben, die ihn nach Sibirien deportierte.<sup>14</sup> Nachfolger Stempels wurde Herbert Täschner, der die Partei schrittweise in eine Kaderpartei leninistischen Zuschnitts umwandelte.

Gegründet wurde das Ostbüro der FDP unter dem Namen "Hilfsdienst Ost" (HDO) durch den Berliner Landesvorsitzenden Schwennicke nach der Abspaltung von der Ost-Mutterpartei 1948. "Der Hilfsdienst Ost hatte damals das Ziel, die Verbindung zu den im demokratischen Teil Berlins [gemeint ist der sowjetische Sektor, d. Verf.] verbliebenen LDPD-Mitgliedern aufrecht zu erhalten, und durch diese Informationen über die weitere Entwicklung zu bekommen"<sup>15</sup>, beschrieb durchaus zutreffend die Staatssicherheit diese Einrichtung. Daneben sollten die nach den ersten Verfolgungsmaßnahmen geflüchteten Mitglieder der LDPD zunächst provisorisch versorgt werden. Doch viele Ostliberale wandten sich aus mangelnder Kenntnis über die FDP-Dienststelle an das Ostbüro der SPD; andere wurden von Liberaldemokraten gar dorthin empfohlen.<sup>16</sup> Einige Ostliberale wurden später sogar festbeschäftigte Mitarbeiter des SPD-Ostbüros, beispielsweise die langjährige Berliner Leiterin Charlotte Heyden und der stellvertretende Bonner Ostbüroleiter Helmut Fränzel alias Bärwald.<sup>17</sup> Großer Handlungsbedarf bestand demnach für die Berliner FDP, die eigene Ostarbeit effizienter und mehr publik zu machen.

Die Erfassung von Informationen hatte sich "nur auf freiwillig gegebene Angaben von Sowjetzonenflüchtlingen und zwar ausschließlich auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet, wobei vornehmlich Angaben über die Sowjetzonen-LDP interessieren, zu beschränken." Und: "Es

<sup>14</sup> Stempel, der sich trotz beruflicher Nachteile zwischen 1933 und 1945 geweigert hatte, der NSDAP beizutreten, wurde im Dezember 1955 den Behörden der DDR als "Kriegsverbrecher" übergeben und am 28. April aus dem Zuchthaus Bautzen entlassen. Vgl. Beckert, Rudi: Die erste und letzte Instanz, Goldbach 1995, S. 326, Anm. 121.

<sup>15</sup> BStU, MfS AOP 1539/65, Bd. I, Auskunftsbericht über das Büro für Wiedervereinigung.

<sup>16</sup> Vgl. Mischnick, Wolfgang: Von Dresden nach Bonn, Erlebnisse - jetzt aufgeschrieben, Stuttgart 1991, S. 201.

<sup>17</sup> Beide gingen 1971 in die CDU.

ist nicht Aufgabe der Außenstelle Berlin, Quellen anzuwerben oder systematisch zum Zwecke der Informationsbeschaffung (Unterstreichung im Original, d. Verf.) zu führen.“<sup>18</sup>

Die Leitung übernahmen zunächst der Berliner FDP-Jugendchef Herbert Geißler und sein Jugendreferent Rudolf Jacobi. Geißler war zuvor Mitglied im Zentralrat der FDJ gewesen und unterhielt am Kaiserdamm in Charlottenburg ein Büro; dort gab er auch eine Jugendzeitschrift heraus. Geißler galt in LDPD-Kreisen als Nachrichtenhändler, der seine Arbeit “auf höchst unprofessionelle Weise” betrieb.<sup>19</sup> Im Januar 1950 wurde daher der geflüchtete Stellvertretende Landesvorsitzende und Fraktionsvorsitzende der LDPD im Mecklenburger Landtag, Dr. Paul Scheffler, festbeschäftigter Leiter dieser Dienststelle der Berliner Liberalen. Er hatte zunächst ab Mai 1949 die “Flüchtlingsbetreuung Ost” des Landesverbandes Berlin ehrenamtlich geführt.<sup>20</sup>

Die Flüchtlingsbetreuungsstelle war übrigens nicht der einzige Versuch, in Berlin eine Anlaufstelle für LDPD-Mitglieder zu errichten. Auch Wolfgang Mischnick, Jugendreferent der Partei und später Fraktionsvorsitzender der FDP im Deutschen Bundestag, plante nach seiner Flucht aus Dresden, “chiffrierte Nachrichten auszutauschen. (...) Es war der Versuch, unter den erschwerten Bedingungen über Westberliner Anlaufstellen Hinweise zu geben und umgekehrt Informationen zu erhalten, wie die Entwicklung in der SBZ voranging.”<sup>21</sup> Diese Versuche wurden schnell eingestellt.

Nach der Gründung der Bundesrepublik und der Bestimmung von Bonn zur Hauptstadt richteten die Liberalen ihren Bundesparteisitz dort ein. In der Folge wurde im Mai 1950 ein Hilfsdienst Ost (HDO) in Bonn geschaffen, der zunächst unter Leitung von Generalsekretär Hans Joachim Pietsch stand, Karl-Heinz Naase<sup>22</sup> wurde Stellvertreter und gleichzeitig in Personalunion deutschlandpolitischer Referent der Bundesparteileitung. Grund für

<sup>18</sup> BStU, MfS AOP 1539/65, Bd. I, Bl. 196, Dienstanweisung vom 28. Juni 1954; diese Richtlinie hatte für den nicht dem “Büro Selle” angehörigen Teil des Ostbüros grundsätzlich Geltung.

<sup>19</sup> Köpke/Wiese, a.a.O., S. 116.

<sup>20</sup> BStU, MfS AOP 1539/65, Bd. II/A, Lebenslauf, Bl. 222.

<sup>21</sup> Mischnick, Wolfgang, a.a.O., S. 295f.

<sup>22</sup> Karl-Heinz Naase wurde 1922 geboren, war nach 1945 u.a. Jugendreferent der Thüringer LDPD und Bürgermeister von Rastenburg. Flucht 1948, 1950-1956 Hilfsdienst Ost/Ostbüro der FDP, 1980 gestorben.

die Aktivitäten der Bundespartei war u.a. die Erwartung, bald wieder eine gesamtdeutsche liberale Partei bilden zu können. "Man darf das Feld nicht den anderen Parteien überlassen (besonders im Hinblick auf gesamtdeutsche Wahlen)"<sup>23</sup>.

Auch in anderen Regionen der Westzonen machte man sich Gedanken um flüchtende Parteimitglieder, teilweise schon vor der Einrichtung eines Flüchtlingsreferates in Bonn. Die Landesvorstände der FDP hatten am Rande des Parteitages in Heppenheim im Dezember 1948 beschlossen, möglichst alle aus der SBZ geflüchteten LDPD-Mitglieder zu registrieren; der Gießener Oberbürgermeister Dr. Engler wurde mit der Aufstellung dieser Kartei beauftragt. Der Beginn dieser Arbeiten zum 1. September 1949 war der eigentliche Beginn der FDP-Osttätigkeit.

Am 1. Oktober 1950 konnte der damals erst 28jährige Karl-Heinz Naase, ehemals Bürgermeister von Rastenburg und thüringischer Landtagsabgeordneter, die Leitung des Hilfsdienstes Ost in Bonn übernehmen. Naase galt als erfolgversprechender Nachwuchs bei den Ost-Liberalen, 1948 hatte die LDPD-Zonenleitung dem damals erst 26jährigen Bürgermeister die Stelle eines hauptamtlichen Jugendsekretärs bei der Parteileitung in Berlin angeboten - ein Ansinnen, das er jedoch ablehnte, um anschließend die SBZ zu verlassen.

Für die Leitung des Ostreferats der FDP war zunächst der erheblich ältere Leiter der Berliner Flüchtlingsbetreuungsstelle, Dr. Paul Scheffler, hierfür im Gespräch gewesen, der seinen Bewerbungsunterlagen an den FDP-Hauptgeschäftsführer Lothar Weirauch auch gleich einen Entwurf für die "zu errichtende Betreuungsstelle Ost der FDP im Bundesmaßstab" beilegte.<sup>24</sup> In Verkennung der großen personellen Verluste, die die SPD in den zurückliegenden anderthalb Jahren gehabt hatte,<sup>25</sup> schrieb Scheffler: "Die SPD ist uns um zehn Nasenlängen voraus, und würde, wenn der Sprung in die Ostzone heute gemacht würde, dort drüben schon jetzt eine schlagfertige Organisation vorfinden." Genug Sozialdemokraten hätte die SPD vorgefunden, vor allem in den Gefängnissen, aber kaum eine Parteiorganisation.

<sup>23</sup> BStU, MfS AOP 1539/65, Bd. I, Bl. 71. Manuskript vermutlich von 1955.

<sup>24</sup> BStU, MfS AOP 1539/65, Bd. II/A, Schreiben vom 5.4.1950, Bl. 220.

<sup>25</sup> Buschfort, Wolfgang: Das Ostbüro der SPD. Von der Gründung bis zur Berlin-Krise, München 1991, S. 46ff.

## Die Aufgaben des Ostbüros der SPD

Tatsächlich waren 1950, als Scheffler dies schrieb, bereits rund 1000 Ostbüro-Vertrauensleute in der DDR oder der UdSSR inhaftiert, nicht wenige in der Haft umgekommen. Zu diesen Verhaftungen kam es aufgrund der Arbeitsstruktur des Ostbüros. Rückgrat der illegalen Arbeit des Ostbüros waren die Kuriere. Neben dem Geben und Nehmen von Informationen und Propagandamaterial sollten sie gefährdete Sozialdemokraten in der sowjetischen Zone warnen und zur Flucht veranlassen. Doch die Zahl der Kuriere nahm stetig ab, und zugleich wuchs der Kreis der Vertrauensleute in der SBZ, an die sie sich wenden sollten. Mehrere Kuriere wurden von der sowjetischen Geheimpolizei und dem deutschen K 5 verhaftet, so Wilhelm Lorenz, Wilfred Busch, Karl Schmiedel und Karl Gundlach.

Zumeist lagen die Erfolge des sowjetischen Sicherheitsdienstes wohl an der mangelnden Konspiration, daran, daß die Mitarbeiter eben nicht geheimdienstlich ausgebildete Agenten waren, sondern einfache Sozialdemokraten, die ihr Bestes geben wollten, um gegen die Zwangsvereinigung zu arbeiten. Am 29. Juli 1948 beschloß der Parteivorstand der SED Maßnahmen zur "organisatorische[n] Festigung der Partei und für ihre Säuberung von feindlichen und entarteten Elementen". Den nun einsetzenden Massenverhaftungen fielen - nachdem die meisten SPD-Kuriere enttarnt und so die illegalen Verbindungen bekannt geworden waren - natürlich in erster Linie die Vertrauensleute des Ostbüros zum Opfer. Um den Hauptvorwurf der "Spionage" zu untermauern, warf man den Inhaftierten vor, sie hätten in Hannover oder Berlin den Gedankenaustausch mit Sozialdemokraten gepflegt oder mit Kurieren Kontakte unterhalten. Auf diesem Wege verlor die illegale Ost-SPD nach einer Schätzung Hermann Kreutzers, der gemeinsam mit Vater und Ehefrau verhaftet wurde, etwa 70 Prozent ihrer Mitglieder.

Politisch-motivierte Prozesse wurden zwischen 1948 und 1950 fast ausschließlich vor Sowjetischen Militärtribunalen (SMT) verhandelt, die der SED damit die "politische Schmutzarbeit" abnahmen.

Der Parteivorstand der SPD versuchte über das Ostbüro, die sozialdemokratischen Häftlinge auf zwei Arten zu unterstützen. Zum einen versorgte er die Inhaftierten oder ihre Angehörigen mit Paketsendungen, zum anderen brachte er ihr Schicksal an die Öffentlichkeit, um so Druck auf die Machthaber im Osten Deutschlands auszuüben.

Im Sommer 1948 gab Sigi Neumann die Leitung des Ostbüros ab. Als Stephan Thomas am 1. November 1948 offiziell die Leitung des Ostbüros übernahm, stand er, bildlich gesprochen, vor einem Trümmerhaufen. Die



meisten Kuriere waren verhaftet worden oder hatten den Dienst quittiert, und Hunderte von Vertrauensleuten der SPD saßen in ostdeutschen Gefängnissen. Um das Kurierwesen neu aufzubauen und endlich einen funktionierenden Stützpunkt in Berlin einzurichten, schickte das Ostbüro Heinz Kühne in die Sektorenstadt, doch Mitarbeiter der Polizeisektion K 5 im sowjetischen Sektor Berlins verschleppten Kühne am 8. Februar 1949 nach Ostberlin.

Durch die erzwungenen Aussagen Kühnes wurden Hunderte von illegal arbeitenden Sozialdemokraten verhaftet. Erneut mußte die Arbeit des Ostbüros völlig umorganisiert werden. Statt neue geheime Verbindungen aufzubauen, legte man nun in Hannover eine nach Orten und Straßen geordnete Kartei der SBZ an, in der zuverlässige sozialdemokratische Flüchtlinge mit ihren ehemaligen Wohnorten im Osten verzeichnet wurden. Kamen nun Flüchtlinge in Hannover an, so wurden Sozialdemokraten, die früher im gleichen Ort oder sogar in der gleichen Straße gewohnt hatten, im Westen angeschrieben und um Auskunft ersucht, ob es sich bei dieser Person um einen aufrichtigen Sozialdemokraten handelte, den es zu unterstützen galt. Dieses Verfahren wurde später von CDU und FDP nachgeahmt.

Die SPD richtete drei Anlaufstellen für Flüchtlinge in den Notaufnahmelagern Berlin-Marienfelde, in Uelzen und in Gießen ein, ein Verfahren, das später auch die Ostbüros von CDU und FDP so handhabten. Hier wurden Flüchtlinge nach ihren Fluchtgründen, aber auch nach der allgemeinen Situation in der 4. Besatzungszone befragt, um dann beispielsweise über die SPD-Dienststellen Unterkunft und Arbeitsplatz zu organisieren oder auch bei aus politischen Gründen geflüchteten Personen eine finanzielle Besserstellung zu gewährleisten.

Gelegentlich halfen alliierte Geheimdienste dem Ostbüro, wenngleich die Zusammenarbeit bei weitem nicht so problemlos verlief, wie das von östlicher Seite möglicherweise tatsächlich angenommen, zumindest aber behauptet wurde. Mit Beginn der Berlin-Blockade durch die sowjetische Besatzungsmacht wurden die Kontakte des Ostbüros zu den britischen Militärbehörden und Geheimdiensten enger. Um besonders wichtige Kuriere und prominente Persönlichkeiten aus der sowjetischen Zone in den Westen bringen zu können, war man auf die alliierten Flugverbindungen von und nach Berlin angewiesen. Britische Militärzüge und später Flugzeuge transportierten auch die Päckchen nach Berlin, mit denen die SPD ihre in der SBZ inhaftierten Parteifreunde und deren Familien unterstützte. Mit den britischen Spionageaktivitäten aber wollte man im SPD-Ostbüro nichts zu tun haben. Das belegt ein Briefwechsel des Ostbüros mit dem britischen

Geheimdienst vom September 1949: Die Briten hatten einen ihrer Agenten nach seiner Flucht aus der SBZ ins Ostbüro geschickt, damit er dort als Flüchtling betreut werden könne. Stephan Thomas schrieb empört an den britischen Geheimdienst, man solle dafür “sorgen, daß in Zukunft derartige Anweisungen unterbleiben”.<sup>26</sup>

Zu den Amerikanern hatte schon Neumann Mitte 1948 Kontakte aufgenommen. Auch hier betonte die SPD, daß “unser Kampf gegen die Russen nur auf unsere eigene Weise und mit unseren eigenen Methoden” geführt werden könne; “etwaige Versuche, unsere Freunde in der Ostzone für spezifisch alliierte Interessen (militärische Spionage etc.) einzusetzen”, würden “von uns aus unter allen Umständen zurückgewiesen” werden.

Auch leitete das Ostbüro Personen an die Alliierten weiter, an deren Mitarbeit es selbst nicht interessiert war; meist, weil es sich bei den Betroffenen nicht um Sozialdemokraten handelte. So meldeten sich im März 1949 im Ostbüro “zwei Personen, die glaubwürdig vorgaben, im Panzerwerk Kirchmöser [...] tätig zu sein. [Eine] überbrachte das anliegende Material. [...] Da es sich bei den beiden Personen um Typen handelt, an denen wir als Partei nicht interessiert sind, und wir auch kein Interesse haben, einen weiteren Kontakt mit ihnen zu pflegen, stelle ich anheim, ggf. [...] den Kontakt selbst aufzunehmen.”

Dies widerspricht schon den landläufig verbreiteten Mutmaßungen über das SPD-Ostbüro als einer Spionagezentrale. Denn welcher Spionagedienst verzichtet schon freiwillig auf Informanten mit großem militärischem Wissen?

In gewissem Umfang gab es privaten Umgang von Dienststellenmitarbeitern, und das gleiche trifft auf die Ostbüros von FDP und CDU zu, mit dem britischen und dem amerikanischen Geheimdienst, später auch mit französischen Dienststellen. Dies lag schlichtweg daran, daß die Alliierten recht gut bezahlten und an bestimmten Informationen interessiert waren. Zumindest bei FDP und bei SPD gab es andererseits jedoch auch eine Verpflichtungserklärung, die jeder neue Mitarbeiter zu unterschreiben hatte. Hierin wurde festgelegt, daß er/sie mit fristloser Kündigung zu rechnen habe, wenn ein privater Kontakt zu diesen Diensten festgestellt wurde. Nachweisbar sind einige entsprechende Kündigungen.

Um erneute Massenverhaftungen zu verhindern, arbeitete man ab 1949 mit verbesserten konspirativen Mitteln. Das Ostbüro kapselte sich von den an-

<sup>26</sup> Diese und nachfolgende Zitate in: Buschfort, a.a.O., S. 60f.

deren Bereichen des Parteivorstandes weitgehend ab. Das Konzept, überall in der SBZ sozialdemokratische Widerstandsgruppen als Keimzellen einer künftigen SPD zu bilden, ließ man fallen. Statt dessen sollten sich die Genossen in der SBZ nur noch individuell an das Ostbüro und seine Zweigstellen wenden oder verabredete Treffpunkte aufsuchen, um Informationen weiterzugeben oder Material in Empfang zu nehmen. Der Kurierverkehr in der bisherigen Form wurde eingestellt.

Papiermangel und finanzielle Probleme verhinderten bis 1950, daß das Ostbüro politische Schriften im gewünschten Umfang produzierte und in den anderen Teil Deutschlands transportierte. So konnten Ostbüro-Mitarbeiter im Jahre 1950 insgesamt nicht mehr als 670.000 Broschüren, Flugblätter und Klebezettel in die DDR verbringen. Als um die Jahreswende 1951/52 die Papierrationierung in Westdeutschland aufgehoben wurde, konnte das SPD-Ostbüro Propaganda in wesentlich höheren Auflagen herstellen. Wie schon in der NS-Zeit waren die Flugblätter das wichtigste Agitationsmittel der Sozialdemokraten in der Illegalität.

Ein Weg, Propaganda in den Osten zu bekommen, war der mit Ballons. Man füllte große Wetterballons, an denen man kiloweise Flugschriften befestigte. Mittels einer Zeitzünderautomatik konnte man so unter Berücksichtigung der Strömungsgeschwindigkeit der Luft ziemlich exakt berechnen, über welcher Stadt die Propaganda abregnen sollte. Auf den Dreh mit den Ballons war man gekommen, nachdem immer wieder Materialschleuser beim "kleinen Grenzverkehr" festgenommen worden waren und hohe Zuchthausstrafen zu verbüßen hatten. Doch Mitte der 50er Jahre weigerten sich die Berliner Filialen westdeutscher Firmen, diese Gase zu verkaufen. Erst jetzt, mit Öffnung der Stasi-Archive, wird die Bedeutung der Arbeit des MfS deutlich. So heißt es in einer Diplomarbeit eines Feldwebels von VEB Horch und Guck, das Ostbüro der SPD in Berlin mußte Ende Juni 1957 "durch einen konzentrierten Schlag des MfS" seine Ballonaktionen einstellen. "Durch operative Maßnahmen wurde [...] die Ballonabschußbase in Berlin-Schlachtensee ausgeschaltet."<sup>27</sup> Im Juli 1957 wurde ein LKW-Transport mit 200 Wasserstoffflaschen der Salzgitterwerke bereits in Helmstedt vom ostdeutschen Zoll beschlagnahmt.

Offensichtlichstes Beispiel für die Pressionen der Ostdeutschen - und die Reaktionen der West-Manager - ist der Linde-Konzern, der jahrelang die SPD in Westdeutschland und in West-Berlin mit Gas belieferte. Die "Ge-

<sup>27</sup> Nachfolgende Schilderung nach Buschfort, Wolfgang: Luftballons als Feindobjekte, in: Deutschland-Archiv, Jg. 27, H. 3/1994, S. 276-279.

sellschaft für Lindes Eismaschinen Aktiengesellschaft”, so der komplizierte Name damals, machte seinen Umsatz vor allen Dingen mit der Luftverflüssigung und Luftzerlegung - die technischen Gase machen heute im Konzernumsatz rund 600 Mio. DM jährlich aus. Dabei spielte und spielt die Verflüssigung von Sauerstoff die Hauptrolle; Wasserstoff fällt nur als Nebenprodukt an. Doch um dieses Nebenprodukt ging es den zahllosen Widerstandsgruppen im Westen.

Der Druck auf die Firmen, die den Ostbüros der westdeutschen Parteien das Gas lieferten, wuchs. Waren wurden beschlagnahmt, Waggons an der Zonengrenze aufgehalten. Sowohl die Linde-Konzernspitze als auch die Filiale in Berlin sahen sich nach etlichen Pressionsversuchen laut Stasi-Unterlagen veranlaßt, mit dem ostdeutschen Geheimdienst zusammenzuarbeiten. Vorausgegangen war ein von Generalleutnant Mielke genehmigter Aktionsplan, in dem es u.a. heißt: Es “werden aktive Maßnahmen gegen die Firma Linde bezüglich der Gasflaschen eingeleitet.” Am 21. Oktober 1957 trafen sich zwei hohe Berliner Repräsentanten des Linde-Konzerns mit dem DDR-Zolloberrat Arndt und dem Oberst des MfS, Jamin, um im Namen des Konzerns zu versichern, daß man “für Westberlin alle Vorkehrungen getroffen [habe] und weiter treffen wird, um die Abgabe von Wasserstoffgas [...] zu verhindern.” Einer der Firmenabgesandten teilte zudem mit, man habe Vereinbarungen “mit der Generaldirektion der Linde-Eismaschinen-AG getroffen [...], die keine Abgabe von Wasserstoffgas [an das Ostbüro und vergleichbare Organisationen] zur Folge haben wird”.

Gleichzeitig sagte man Stasi und DDR-Zoll zu, zukünftig “besonderes Augenmerk auf die Grenzgebiete Hannover, Braunschweig und Bayern [zu] legen” und bestimmte Firmen nicht mehr mit entsprechendem Material beliefern zu wollen. Zudem machte der Repräsentant der Firma Linde der Staatssicherheit ein überraschendes Angebot: Er wolle zukünftig “Firmen, die nach seiner Vermutung Wasserstoffgas für DDR-feindliche Zwecke benutzen, (...) benennen, damit er bei Bestätigung seines Verdachtes (durch die Staatssicherheit) die Belieferung einstellt.” Im Gegenzug hierzu sicherte die Staatssicherheit der Firma Linde den freien Warenverkehr von und nach West-Berlin zu.

Man muß diese Vorgänge in die damalige Zeit einordnen. Damals wurden Westberliner von “Streikposten” verprügelt, wenn sie die in Ostberliner Eigentum befindliche S-Bahn benutzen wollten. Sozialdemokraten wurden aus der Partei ausgeschlossen, wenn sie in Ostberlin eingekauft oder sich

MFS ZA 312/63, Bl. 16/17

BStU  
000013

AS

- Hauptabteilung V - Berlin, den 23. 10. 1957

A k t e n v e r m e r k

Am 21. 10. 1957, gegen 14.30 Uhr, fand im Gebäude des A Z K W eine Aussprache mit der Firma L i n d e - Bismaschinen AG statt.

Für die Firma L i n d e waren anwesend :

Ingenieur [redacted]  
Büro: Berlin - Charlottenburg 1  
Berliner Strasse 88  
Abt. Kleinkälteanlagen Sürth bei Köln

[redacted]  
[redacted]  
Verkaufsstelle: Berlin-Bernaustraße  
Jacobsweg 21 - 22

Von Seiten des A Z K W :  
Herr [redacted] und  
Unterschiedler als Mitarbeiter O b e r l i n d e r

In Laufe der Aussprache wurde folgende Verteidigung erteilt :

Herr [redacted] erklärte :

- 1. dass er für Westberlin alle Vorkehrungen getroffen hat und weiterhin treffen wird, um die Abgabe von Gasverstoffgasen an /gasbetriebsstellen und undurchsichtige Personen zu verhindern;
- 2. dass er entsprechende Verbindungen mit der Generaldirektion L i n d e - Bismaschinen AG getroffen hat, die keine Abgabe von Gasverstoffgasen an Agentenorganisationen und undurchsichtige Personen in Westdeutschland zur Folge haben wird;

- 2 -

BStU 030017
----------------

16

3. dass die Firma L i n d e - Lismaschinen AG - besonderes Augenmerk auf die Grenzgebiete Hannover, Braunschweig und Bayern legen wird, um insbesondere dort eine strenge Kontrolle über die Verwendung von Wasserstoffgas durchzuführen;
4. dass an die Niederlassungen L i n d e AG - Hannover, Braunschweig, Hof/Bayern und München entsprechende Anweisungen gegeben werden;
5. dass die von uns benannten Firmen R e c h t e, Otto Schöningen Krs. Helmstätt und S c h e i d t in Hof/Bayern, nicht mehr mit Wasserstoffgas von der Firma L i n d e beliefert werden;
6. Herr [REDACTED] erklärt sich bereit, vom A Z K W gegebene Hinweise auf Firmen und Personen, die Wasserstoffgas für Ballonaktionen besitzen, sofort auszuwerten, indem er diesen Firmen oder Personen die Belieferung sperrt.
7. Herr [REDACTED] nimmt das Angebot, aus Firmen und Personen, die nach seiner Vermutung Wasserstoffgas für DDR - feindliche Zwecke besitzen, zu benennen, damit er bei Bestätigung seines Verdachtes die Belieferung einstellt.
8. auf Grund dieser Vereinbarungen wurde ihm die Zusicherung gegeben, dass Sicherstellungen von Transporten der Firma L i n d e wegen Abgabe von Wasserstoffgas an Agentenzentralen in Zukunft durch das A Z K W nicht mehr vorgenommen werden, wenn die Vereinbarungen eingehalten werden.

Stellv. Leiter der Hauptabt. V

( [REDACTED] )  
 Oberst

Niederschrift des MFS über ein Abkommen mit der westdeutschen Firma Linde AG zur Verhinderung von Ballonpropaganda in der DDR vom 23.10.1957

dort einer Zahnbehandlung unterzogen hatten. Und zu dieser Zeit schloß ein westdeutscher Konzern ein Geheimabkommen mit der Staatssicherheit.

Nach dieser Vereinbarung waren die Ostbüros von SPD und CDU ein halbes Jahr lang nicht mehr in der Lage, Flugblätter über Ostdeutschland abregnen zu lassen. Doch dann begannen die Ballonaktionen erneut. Die SPD hatte eine kleine Firma in Ottensos bei Nürnberg als Lieferanten gewinnen können, die CDU gelangte durch Vermittlung des Gesamtdeutschen Ministeriums wieder in den Besitz von Gas.

### **Die Arbeit des Ostbüros der CDU**

Bei der CDU war die Aufgabenstellung ähnlich, wenngleich sie erst zwei Jahre später wahrgenommen wurden. Mit der Übersiedlung Kaisers nach West-Berlin kamen nun zum Ostbüro der CDU, das sich zunächst in der Schlüterstraße in Berlin-Charlottenburg befand, Parteifreunde aus der SBZ. "Vertreter von Ortsgruppen meldeten sich im Büro Kaisers als 'Zonen-Ortsgruppe' an. (...) Bis zum Sommer 1948 waren die Kontakte zwischen dem 'Büro Jakob Kaiser' und den Ortsgruppen und Kreisvorständen, die Kaiser weiterhin als führenden Repräsentanten der CDU der SBZ ansahen, weitgehend hergestellt."<sup>28</sup> Es fand ein reger Informationsaustausch statt; das Ostbüro sammelte, sortierte und verwertete die Informationen, zunächst jedoch recht lückenhaft. Rückendeckung erhielt die Arbeit Kaisers durch die Vorstandstagung der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU am 21. September 1948 in Königswinter. Auf Vorschlag von Konrad Adenauer wurde beschlossen, nicht mehr mit der CDU der SBZ zusammenzuarbeiten. Statt dessen sah man in Kaiser und Lemmer die gewählte Spitze der Ost-CDU. Diese repräsentiere die Mitglieder der CDU der SBZ.

Organisatorisch waren bei den Ostbüros von SPD und CDU in Berlin die Zuständigkeiten ähnlich gegliedert. Während das Büro Kaiser bzw. das SPD-Ostbüro (offiziell) für die Besucher und Parteifreunde aus der SBZ/DDR zuständig waren, liefen die Kontakte von Ostberliner Sozialdemokraten und CDU-Mitgliedern über die Landesverbände der Parteien. Man hielt so bei der CDU die Fiktion einer Tätigkeit und bei der SPD eine (aufgrund massiver Behinderungen) nicht funktionsfähige Parteigliederung

<sup>28</sup> Vgl. Michael Richter, a.a.O., S. 59f.

aufrecht, die beide Spielball beim Poker um den Viermächtestatus der Stadt waren.

Auch in der West-CDU ging man davon aus, daß der rote Spuk im Osten Deutschlands nicht lange anhalten werde. So empfahl der persönliche Referent des inzwischen zum Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen aufgestiegenen Jakob Kaiser, Fred Sagner, dem Ostbüroleiter Jöhren, dieser möge doch die CDU-Mitglieder auffordern, in der SBZ/DDR zu bleiben, da ansonsten "die geistige Widerstands-Substanz bis zur nächsten Wahl in der Sowjetzone empfindlich geschwächt"<sup>29</sup> werde. Mittlerweile stand selbst Dr. Hugo Hickmann in Kontakt mit Kaiser und Lemmer; das Ostbüro der CDU gewann trotz Kriminalisierung der politischen Kontakte immer größeren Einfluß in der DDR. Das Ostbüro schickte nur in Ausnahmefällen Kuriere in den Osten; im Regelfall holten sich die CDU-Gruppen durch eigene Mitarbeiter Flugblätter, Broschüren, Klebezettel etc. ab. In allen Westberliner Bezirken waren dafür Sprechstunden in den Geschäftsstellen der CDU organisiert worden.

Die Informationen, die die Ost-Christdemokraten zumeist in Berlin hinterließen, wurden gesammelt und anschließend weitergegeben an die Zeitung "Der Tag", die sich als Sprachrohr der Exil-CDU verstand. Daneben wurden die Mitteilungsblätter der Bezirksverbände der Westberliner CDU an Ostberliner Parteimitglieder verteilt<sup>30</sup>. Im Deutschland-Verlag, dem Verlag der Exil-CDU, erschienen monatlich "Der Wellenbrecher" mit Detailinformationen aus der Exil-CDU, aber auch aus der DDR, sowie "Das Deutsche Monatsblatt". "Der kleine Tag" wurde vornehmlich an Berliner S-Bahn-Stationen verteilt, an denen Pendler aus Ost-Berlin und der DDR eintrafen.<sup>31</sup> Im Februar 1950 verteilte man beispielsweise 12.600 Exemplare an Bahnhöfen, 1.120 Exemplare per Post und rund 6.000 Exemplare durch Kuriere im Osten.<sup>32</sup> Der "Wellenbrecher" wurde nach Kritik ostdeutscher CDU-Mitglieder wieder eingestellt.<sup>33</sup>

Hinzu kam der "Sachsenbrief" für die größte Landsmannschaft der CDU aus der SBZ/DDR. Hier wirkte der Ostbüromitarbeiter Pfarrer Haß auch

<sup>29</sup> Brief vom 31. Oktober 1949, Bundesarchiv, Nachlaß Kaiser 105, zit. nach Richter, Michael, ebd., S. 208.

<sup>30</sup> Vgl. BStU, MfS AFO 257/82, Bd. 1, S. 76.

<sup>31</sup> BStU, MfS AV 190/56, S. 103. Nachfolgende Informationen ebd.

<sup>32</sup> Nach Michael Richter, a.a.O., S. 282.

<sup>33</sup> ACDP, Bestand III-013, Nr. 693, Brief Schneider an Kaiser vom 9.3.1951.



nach seinem Wechsel nach Westdeutschland als Sprecher des Landesverbandes Sachsen der Exil-CDU mit. Für die Flüchtlinge aus Thüringen wurde "Der Wartburgbrief" produziert.

Bis Mitte der 50er Jahre wurden Schriften durch Vertrauensleute in kleinen Mengen in die DDR und nach Ost-Berlin gebracht, weitere kamen per Post bei gewünschten Empfängern an. Auch das Ostbüro der CDU war vom Stop der Wasserstofflieferungen betroffen und scheint über das BMG wieder an rund 40 Wasserstoffflaschen pro Woche gekommen zu sein.<sup>34</sup>

In Einzelfällen gelang es auch, Plakate in Teilen der DDR zu kleben, etwa zum konstituierenden Parteitag der Exil-CDU in Berlin im September 1950 mit dem Aufdruck: "Unser Parteitag findet am 24. September in Berlin statt. Hört Jakob Kaiser, den einzig rechtmäßigen Vorsitzenden der CDU."<sup>35</sup>

Das MfS griff zu drakonischen Maßnahmen, um die um sich greifenden illegalen Aktivitäten in den CDU-Gruppen zu unterbinden. Der CDU-Stadtverordnete in Cottbus, Ludwig Baues, wurde am 28. März 1950 verhaftet und starb wenig später in Haft. Schon zuvor war der Potsdamer Stadtbaurat Stützel verhaftet worden; Bürgermeister Erwin Köhler und seine Ehefrau Charlotte, beide der Spionage bezichtigt, wurden verhaftet und hingerichtet. In der Haft starb ebenfalls der 72jährige Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion und Oberbürgermeister der Stadt Brandenburg, Frank Schleusener. Daneben wurden Tausende von CDU-Funktionären aus ihren Ämtern gejagt, zur Flucht genötigt oder verhaftet. Die inzwischen prokommunistische Führung der CDU besetzte die freiwerdenden Stellen mit ebensolchen Nachfolgern. Gleichzeitig setzten in CDU und LDPD Austrittswellen ein, die, hervorgerufen durch die äußeren Pressionen, die ganzen fünfziger Jahre anhielten. Diejenigen, die in diesen beiden "bürgerlichen" Parteien blieben, stellten sich opportunistisch voll hinter die SED-Linie. Beispielsweise warb die CDU für die lebensgefährliche Arbeit in den Uranschächten der Wismut AG in Thüringen und Sachsen.<sup>36</sup>

Die Exil-CDU, die sowohl beim Parteivorstand in Bonn als auch in Berlin vertreten war und erst 1991 aufgelöst wurde, sollte treuhänderisch die Interessen der CDU-Mitglieder in der DDR, damals allgemein SBZ genannt,

<sup>34</sup> ACDP, Bestand III-013, Nr. 1027, Schreiben Jöhren an Kraske v. 20.12.57.

<sup>35</sup> Vgl. Der Tag v. 23.9.1950, "SSD sucht Plakatkleber", S. 1.

<sup>36</sup> Vgl. ausführliche Verweise bei Richter, a.a.O., S. 256.

vertreten. Zehn der 14 Mitglieder des Hauptvorstandes der Ost-CDU von 1947 waren mittlerweile ins westliche Exil gegangen und arbeiteten nun in der Bundesrepublik als moralische Kontinuität der politischen Ideen der ostdeutschen Christdemokraten.

Die SPD hatte keine Exilpartei, sondern ein Ostbüro, dem einige ostdeutsche Genossen der mittleren Ebene, aber auch in gleichem Umfang westdeutsche Sozialdemokraten angehörten, angeleitet von einem Westberliner, der den Krieg weitgehend in britischer Gefangenschaft verbracht hatte. Das Ostbüro der CDU bestand dagegen ausschließlich aus Christdemokraten, die aus der SBZ/DDR und Ost-Berlin geflüchtet waren, das Ostbüro der FDP ebenso ausschließlich aus LDPD-Flüchtlingen. Letztendlich verstand sich die SPD als monolithische Partei, deren Ostaufgaben im Auftrag des Parteivorstandes vom Ostbüro wahrgenommen wurden. Die CDU hingegen war mehr ein Bund unterschiedlicher Landesverbände mit unterschiedlichen Traditionen. Eine der föderalen Gliederungen war die Exil-CDU, bestehend aus den Landsmannschaften, die wiederum das Ostbüro betrieb. Das Ostbüro wurde so gewissermaßen zur Geschäftsstelle der illegalen CDU im Gebiet der SBZ/DDR und Ost-Berlins. Angesichts einer nicht ausgeschlossenen baldigen Wiedervereinigung wollte man auf bewährte und Kaiser treu gebliebene Christdemokraten zurückgreifen können. Die Staatssicherheit der DDR, die ansonsten immer das Streben nach Geld und die Käuflichkeit westlicher Agenten in ihrer Propaganda in den Vordergrund schob, sah es beim Ostbüro der CDU als besonders perfide an, „daß keine hohen Summen vom Ostbüro der CDU an die V-Leute ausgezahlt werden“, sondern nur eine Fahrtkostenerstattung. Man schloß daraus, daß „unter Ausnutzung der religiösen bzw. parteimäßigen Gebundenheit die Arbeit dieses Ostbüros laufe. Gerade dieser Faktor erschwert die gesamte Arbeit an den einzelnen Mitarbeitern des CDU-Ostbüros und dessen Agentur-Netz.“<sup>37</sup>

Doch nicht nur Vertrauensleute des CDU-Ostbüros waren so schwer zu beeinflussen: „Überhaupt muß man feststellen, daß gerade auch die hauptamtlichen Mitarbeiter sehr stark religiös gebunden sind und demzufolge die Arbeit an diesen Personen erschwert wird, weil sie weniger für Geld, sondern aus Haß und christlichem Glauben ihre verbrecherische Tätigkeit ausführen“, mußte die Staatssicherheit noch im November 1959 vermelden.<sup>38</sup> 1951 wurden verschiedene Arbeitsvorgänge im CDU-Ostbüro optimiert und

<sup>37</sup> BStU, MfS AFO 267/82, Bd. 1, S. 117f.

<sup>38</sup> BStU, MfS AFO 267/82, Bd. 1, S. 205f.

perfektioniert. Vor allen Dingen versuchte Jöhren, eine bessere karteimäßige Erfassung von Personen durchzuführen, als dies vorher der Fall war. Die Aufgaben und die Arbeitsweise des CDU-Ostbüros wurden 1958 folgendermaßen zusammengefaßt und waren in dieser Form sowohl für die Jahre zuvor als auch für die Zeit bis zum Mauerbau 1961 zutreffend:

- A. Abfertigung und Beratung im Ostbüro vorsprechender Personen.
- B. Auskunftserteilung entsprechend der Flüchtlingsgesetzgebung.
- C. Schriftwechsel und Beantwortung von Anfragen beispielsweise von Dienststellen der Gebietskörperschaften, der Verfassungsschutzämter und der Notaufnahmehbehörden.
- D. Ermittlungen über Personen und Sachverhalte.
- E. Karteiführung, beispielsweise über Verbindungsleute, Mitarbeiter der Staatssicherheit, Flüchtlinge, Orte in der SBZ/DDR, Handwerker, Häftlinge etc.
- F. Karteiberichtigungen und Ergänzungen sowie
- G. Fotokopierarbeiten.<sup>39</sup>

Hinzu kam, die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit durch die so gewonnenen Informationen und die Lobbyarbeit zugunsten politischer Flüchtlinge und Häftlinge, zumeist über die Exil-CDU.

Der humanitäre Aspekt, der bei der SPD zunächst der wichtigste in der Tätigkeit des Ostbüros war, blieb bei der CDU weit untergeordnet, zumal das CDU-Ostbüro auch nicht auf eine parteieigene Wohlfahrtsorganisation zurückgreifen konnte wie die SPD mit der Arbeiterwohlfahrt. Soziale Arbeit wurde vom Ostbüroleiter Jöhren auch abgelehnt: "Die Aufgabe meines Büros ist eine politische und nicht eine soziale."<sup>40</sup>

Im Nachklang zu den Ereignissen des 17. Juni 1953 stellte die Staatssicherheit fest, daß "von der Partei [gemeint ist die SED, d. Verf.] in den letzten Monaten die Zusammenarbeit mit den Parteien des antifaschistischen Blocks vernachlässigt wurde."<sup>41</sup> Worin diese Vernachlässigung bestand, stellte die Staatssicherheit gleich klar: "Das Suchen nach geeigneten GM

<sup>39</sup> ACDP, Bestand III-013, Nr. 1027, Arbeitsbeschreibung vom 3. März 1958.

<sup>40</sup> ACDP, Bestand III-013, Nr. 556, Schreiben Jöhren an Gesche v. 28.5.1959.

<sup>41</sup> BStU, MfS AFO 267/82, Bd. 1, S. 28, Entwurf einer Dienstanweisung vom 20.8.1953, BStU S. 28.

und GI ist gründlicher als bisher zu betreiben,” denn “durch die ungenügende Bearbeitung dieses Objektes ergab sich als Folge das Fehlen eines qualifizierten GM- und Informatorennetzes, wodurch es reaktionären Kreisen (...) möglich war, (...) in einigen Bezirken Untergrundbewegungen zu entwickeln, ohne daß diese von den Organe(n) der Staatssicherheit aufgeklärt und bekämpft wurden.”<sup>42</sup> Der neue Kurs der Partei, so die Dienstanweisung weiter, verpflichtete die Bearbeiter des Sachgebietes CDU geradezu, “die Bearbeitung dieses Objektes qualifizierter durchzuführen”. Diese sollte u.a. so aussehen, daß Personen angeworben werden sollten, “die Verbindung mit dem Ostbüro der CDU haben, bzw. mit den Exil-Landsmannschaften in Westberlin” zusammenarbeiteten.<sup>43</sup>

### **Die Arbeit des Ostbüros der FDP**

Bei der FDP wurde 1950 nach Gründung einer Zentrale in Bonn versucht, die verschiedenen Büros, die sich mittlerweile bei den sehr föderalistisch agierenden Liberalen gebildet hatten, zusammenzufassen. Es waren dies insbesondere Berlin, Gießen und Uelzen, daneben auch noch Büros in Eschwege und Hamburg<sup>44</sup>.

In Bonn traf man derweil organisatorische Maßnahmen, um die Zentralisierung hin auf ein Ostbüro voranzutreiben. Eine “Zentrale West- und Ostkar-tei” wurde angelegt, die Aufgaben wuchsen, und es kamen auch Tätigkeiten im Westen hinzu. Die DDR war gegründet worden, überall befürchtete man Agenten, Saboteure und Einflußnahme aus dem Osten Deutschlands. Naase teilte diese neuen Interessen dem Uelzener Außenstellenleiter mit: Er bitte zu berücksichtigen, “daß der Schwerpunkt unserer Arbeit in der augenblicklichen Situation sich insofern verlagert hat, als wir unsere ganze Aufmerksamkeit den kommunistisch beeinflussten Organisationen zuwenden müssen.”<sup>45</sup> Daneben sahen die Aufgaben folgendermaßen aus:

<sup>42</sup> Ebd., S. 28f.

<sup>43</sup> Ebd., S. 30.

<sup>44</sup> Bei der sog. B-Stelle in Hamburg handelte es sich wahrscheinlich um eine reine Flüchtlingsbetreuungsstelle des dortigen Landesverbandes.

<sup>45</sup> ADL, Bd. 2592, Schreiben Naase an Rieß v. 13.10.1950.

- “1. Beurteilung von Sowjetzonenflüchtlingen, insbesondere höheren Funktionären.
- 2. Beobachtung der Infiltrationsbewegung von Ost nach West.
- 3. Laufende Überwachung der Tätigkeit von kommunistischen Tarnorganisationen.
- 4. Feststellung von Personen, die sich verfassungsfeindlich betätigen.”<sup>46</sup>

Nicht nur LDPD-Flüchtlingen sollte zukünftig geholfen werden, sondern man versuchte vor allem auch, verfassungsfeindliche kommunistische Bestrebungen im Westen zu beobachten, da man sie - sicherlich zutreffend - aus der DDR gesteuert ansah. Umfangreiche Aktenbestände lassen erkennen, daß die Tätigkeit zur Überwachung verfassungsfeindlicher Aktivitäten im Bundesgebiet keine Randaufgabe war, sondern ein zentraler Bestandteil der Ostbüroarbeit der FDP blieb.<sup>47</sup> Dabei interessierte man sich, wie auch die SPD, genauso für rechtsradikale Organisationen.<sup>48</sup>

Die zur Arbeit notwendigen Strukturen begann Naase im Herbst 1951 aufzubauen.<sup>49</sup> Die Mitarbeiter, die er hierfür einstellte oder schon in den regionalen Dienststellen übernahm, waren fast ausschließlich “LDPD-Veteranen”, die aus politischen Gründen die SBZ/DDR hatten verlassen müssen.

In Berlin verschleiß die FDP innerhalb von nicht ganz zwei Jahren sechs Leiter der Außenstelle, daneben war auch der übrige Personalwechsel gewaltig.

Erste und wichtigste Aufgabe des Bonner Hilfsdienstes Ost war die schon von den Vorgängerorganisationen auf Kreis- oder Landesverbandsebene übernommene Flüchtlingsbetreuung. Sie blieb auch in den folgenden Jahren die Konstante der Ostbüroarbeit. Mit dem Druck auf die Partei in der SBZ und späteren DDR wuchs auch der Flüchtlingsstrom von Liberalen, die im Westen ihr Heil suchten. Auch hier war der Arbeitsbeginn nicht einfach gewesen: “Es wirkte sich nachteilig aus, daß sich die FDP nicht rechtzeitig

<sup>46</sup> BStU, MfS AOP 1539/65, Bd. I, Bl. 80, Notiz von Naase an Weirauch.

<sup>47</sup> Vgl. Aktenpläne in ADL, Bd. 2907, Sachgruppen 32-34. Vgl. auch Schriftwechsel im ADL, Bd. 2589. Hier sind mehrere hundert Anfragen aus Niedersachsen gesammelt, es handelt sich jedoch lediglich um die Jahre 1957-1960 und um Personen, zu denen die FDP keine Aussagen treffen konnte.

<sup>48</sup> Ebd., Sachgruppe 31.

<sup>49</sup> Schollwer, Wolfgang: Die DDR-Staatssicherheit und das Ostbüro der FDP, in: Deutschland-Archiv, 1996, H. 1, S. 100.

und in genügendem Maße um die Bearbeitung der Flüchtlinge gekümmert hat”, stellte die Leiterin der FDP-Flüchtlingsbetreuungsstelle in Gießen fest. “Während es die SPD aus parteitaktischen Erwägungen heraus von Anfang an verstanden hat, sich eine führende Stelle zu sichern, hat die FDP bis zum heutigen Tag [Sommer 1951] eine ausgesprochen passive Haltung gezeigt.”<sup>50</sup> Den LDPD-Flüchtlingen sollte der Start in der Bundesrepublik erleichtert und insbesondere sollten nachgewiesen aus politischen Gründen geflüchtete Liberale auch im Notaufnahmeverfahren als politische Flüchtlinge anerkannt werden.

Die Bevölkerung der DDR und insbesondere liberal denkende Menschen, nicht nur LDPD-Mitglieder, sollten über die liberale Politik im Westen informiert werden. Hiermit hoffte man den Boden zu bereiten für die Zeit nach der Wiedervereinigung. Die DDR-Bevölkerung sollte die FDP nicht nur dem Namen nach kennen, sondern mit diesem Parteinamen auch konkrete politische Inhalte verbinden. Um dies zu erreichen, wurden Broschüren und Flugblätter hergestellt und verteilt. Das Hauptgewicht der Einschleusungsarbeiten lag zunächst bei liberalen Parteifreunden aus dem Osten, die massenhaft Flugblätter mitnahmen, um diese dann in ihren Heimatorten zu verteilen, eine Tätigkeit jedoch, die nach Aussage der Berliner Dienststelle “kaum noch jemand verantworten kann”<sup>51</sup> und die bei der SPD schon drei Jahre zuvor weitgehend abgeschafft worden war.

Spätestens mit der Befestigung der innerdeutschen Grenze im Mai 1952 mußten diese Bemühungen ohnehin abgebrochen werden. Und auch die Vertrauenspersonen in der DDR stellten mit der zunehmenden Verfolgung bürgerlicher Parteiaktivisten das Flugblattverteilen im Sommer 1952 nahezu vollständig ein.

Hans Földner, Mitarbeiter in Berlin seit Anfang 1953, knüpfte, um den Broschürenfluß gen Osten zu beschleunigen, Kontakte zur “Organisation Brandt” an, die mit privaten Geldspenden Widerstandsarbeit in der DDR betrieb.<sup>52</sup> Das Material sollte zukünftig über Ost-Berlin in Depots in verschiedenen Städten der DDR eingelagert und dann innerhalb weniger Tage zeitgleich im gesamten Land verteilt werden.

<sup>50</sup> ADL, Bd. 2586, Tätigkeitsbericht Gießen v. 1.9.1950-31.7.1951, o. Dat.

<sup>51</sup> ADL, Bd. 2584, Tätigkeitsbericht der Außenstelle Berlin vom 7.7.1952, S. 3.

<sup>52</sup> Unterlagen hierzu in: ADL, Bd. 2524.

Generalstabsmäßig wurde der erste Einsatz in Leipzig vorbereitet.<sup>53</sup> Mitte August 1953 gelangten rund 30.000 eigens für die Herbstmesse gedruckte Flugblätter durch Kuriere in ein Depot und wurden dann an elf Mitglieder der "Organisation Brandt" weitergeleitet. Mit Hilfe von Flugblattraketen, sogenannten Fröschen, verteilte man innerhalb kürzester Zeit rund 10.000 Flugblätter in der Innenstadt, abends dann die restlichen Exemplare in den Randbezirken der Stadt.

Das Berlin des Kalten Krieges war zumindest bis zum Mauerbau am 13. August 1961 eine Informationsgesellschaft, eine halblegale Nachrichterbörse. Informationen und Nachrichten auch kleinster und unbedeutendster Art wurden gesammelt, im Osten über den Westen, im Westen über den Osten. Natürlich lag das Hauptgewicht bei dieser Art der Arbeit bei den professionellen Geheimdiensten, bei den Alliierten, bei deutschen Diensten in Ost und West. Doch im Westen der ehemaligen Reichshauptstadt befaßten sich auch zahlreiche andere Organisationen und Einzelpersonen damit, durchaus nicht vordringlich aus finanziellem Interesse, auch wenn es das natürlich auch gab. Jede Organisation, von der sozialdemokratischen Zeitung "Der Telegraf" über die Parteien, Gewerkschaften, Unternehmerverbände, Jugendorganisationen und viele mehr, wollte für die eigene politische Arbeit ein Wissen über die Zustände in der vierten Besatzungszone und späteren DDR haben, bei keiner dieser Organisationen, dem Ostbüro der SPD vielleicht ausgenommen, war jedoch ein umfassendes Bild über die Zustände im Osten Deutschlands zu erhalten. So tauschten befreundete Institutionen und Personen Nachrichten aus, im Regelfall ohne finanzielle Gegenleistungen. Die FDP hatte hier nur wenig anzubieten und arbeitete vor allem mit dem Gesamtdeutschen Ministerium zusammen und betrieb ab Anfang 1953 eine eigene Informationsstelle zum Sammeln von Nachrichten, deren Arbeit jedoch aufgrund einiger Aktionen der Staatssicherheit schon Anfang 1954 wieder eingestellt werden mußte.

Eine Besonderheit, die das FDP-Ostbüro in Berlin von anderen Parteien unterschied, war der sogenannte "Ärztliche Beratungsdienst", an den sich Ostdeutsche mit medizinischen Problemen wenden konnten. Gegründet wurde diese Institution nachdem der Berliner Leiter Dr. Paul Scheffler an den Bonner Chef Naase geschrieben hatte, daß die "Zustände in sanitärer

<sup>53</sup> Fallschilderung in: ADL, Bd. 2593, Flugblattaktion des Ostbüros der FDP während der diesjährigen Leipziger Herbstmesse v. 9.9.1953.

Hinsicht in der SBZ” von Tag zu Tag verheerender würden, “was sich z.T. aus der zahlenmäßig großen Abwanderung von Ärzten und z.Z. aus dem ungewöhnlich großen Mangel an Medikamenten und Instrumenten erklärt.”<sup>54</sup> Hier beschloß man zu helfen, und richtete eine Anlaufstelle für Flüchtlinge, Ostberliner und DDR-Bürger ein. “Es ist (...) die Aufgabe unseres ärztlichen Beratungs- und Hilfsdienstes, die Armen und Ärmsten der Zone medizinisch zu betreuen,” teilte die FDP ihren Parteigliederungen im Mai 1953 mit.<sup>55</sup>

### **Stasi-Aktionen gegen das Ostbüro der CDU**

Einer großer Teil der V-Leute der SPD, aber auch der westdeutschen Kurierere, war schon lange vor Schaffung der Staatssicherheit verhaftet und verurteilt worden, weitgehend von Sowjetischen Militärtribunalen.

Noch vor Gründung der Staatssicherheit in der DDR waren deutsche (K 5) und sowjetische Geheimpolizei gemeinsam gegen Christdemokraten mit Verbindungen nach Westen vorgegangen. Beispielsweise wurden im März 1949 mehrere Flugblattverteiler in Nordhausen und Umgebung inhaftiert.<sup>56</sup>

Die zunächst für Kirchen, Sekten (Zeugen Jehovas), LDPD und CDU zuständige Abteilung VI der Staatssicherheit, die recht erfolglos gegen das Ostbüro arbeitete, mußte dieses Arbeitsgebiet im Herbst 1952 an die Abteilung V abgeben, die schon den Bereich Ostbüro der SPD bearbeitete. Gleichzeitig wurden durch die Dienstanweisung Nr. 6/52 V/E vom 17. September 1952 sämtliche mit diesen Themen betrauten Mitarbeiter der Abteilung VI an die Abteilung V abgegeben.

Die ersten mit dem CDU-Ostbüro in Verbindung stehenden Personen sind 1952 verhaftet worden,<sup>57</sup> bis Mitte der 50er Jahre wurden durch die Staatssicherheit insgesamt 68 Personen im Rahmen des Untersuchungsvorganges “Zentrum” verhaftet, zum überwiegenden Teil im Großraum Erfurt.<sup>58</sup> Die

<sup>54</sup> ADL, Bd. 2584, Schreiben Dr. Scheffler an Naase v. 19.11.1951.

<sup>55</sup> ADL, Bd. 2593, Rundschreiben C 39/53.

<sup>56</sup> BStU MfS AS 41/67.

<sup>57</sup> BStU, MfS AOP 690/60, Bd. 1, S. 67. Vgl. auch BStU, MfS AOP 1539/65, Bd. I/2,3, Bl. 41, Schreiben von Naase zum Fall Ludwig, o. Dat.

<sup>58</sup> Alle nachfolgenden Angaben: Ebd., S. 121ff.



Verhaftungen führten zu Schauprozessen, beispielsweise in Erfurt und Gera, und anschließend zu hohen Haftstrafen.<sup>59</sup>

Auch der am 15. Januar 1953 verhaftete DDR-Außenminister Georg Dertinger und sieben politische Freunde sowie Familienangehörige wurden von der Staatssicherheit der politischen Tätigkeit des CDU-Ostbüros zugeordnet,<sup>60</sup> da Dertinger Kontakt zu Ernst Lemmer - wie auch zu vielen anderen Kreisen in der Bundesrepublik unterhielt. Bei Dertinger wurde eine politische Sippenhaft praktiziert, die zwar in der Sowjetunion der dreißiger Jahre durchaus üblich, in der NS-Zeit nach dem 20. Juli 1944 durchgeführt wurde, in der SBZ/DDR jedoch weitgehend eine Ausnahme war. Dertingers Frau wurde ebenfalls inhaftiert und zu acht Jahren verurteilt, das gleiche geschah mit dem Sohn. Auch Dertingers 74jährige Schwiegermutter befand sich zeitweise im Gefängnis. Die damals 13 Jahre alte Tochter der Familie kam in ein Heim, der neunjährige Sohn wurde zur Adoption freigegeben.<sup>61</sup>

Um die unterschiedlichen Ermittlungen verschiedener MfS-Bezirksdienststellen zu koordinieren und um eine einheitliche Bearbeitung des CDU-Ostbüros durchzuführen, wurde mit Datum vom 12. März 1954 der Gruppenvorgang Werner Jöhren angelegt. In schönstem Beamtendeutsch heißt es in der Begründung: "Die operative Bearbeitung derselben [der Mitarbeiter des Ostbüros, der Verf.] ist die Voraussetzung zur Liquidierung dieser Agentenzentrale."<sup>62</sup> Jöhren sollte u.a. durch eine Desinformationskampagne verleumdet werden; hierzu holte die Staatssicherheit im November 1955 - scheinbar ohne viel Erfolg - aus.<sup>63</sup>

Große Probleme hatte die Staatssicherheit auch in der Beurteilung von Verantwortlichkeiten innerhalb und außerhalb des Ostbüros. Von der leninistischen Auffassung einer Staatspartei ausgehend und der ideologischen Borniertheit verhaftet, sah man die Leitung des CDU-Ostbüros im Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen (BMG).<sup>64</sup> Zwar waren der Vorsitzende der Exil-CDU und der Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen lange identisch und es gab sicherlich besondere Beziehungen zwischen Kaiser und

<sup>59</sup> Vgl. Richter, a.a.O., S. 284ff.

<sup>60</sup> BStU, MfS AOP 690/60, Bd. 1, S. 67.

<sup>61</sup> Beckert, Rudi, a.a.O., S. 149.

<sup>62</sup> BStU, MfS AOP 1539/65, S. 8.

<sup>63</sup> BStU, MfS AOP 690/60, Bd. 1, S. 72.

<sup>64</sup> BStU, MfS AFO 267/82, Bd. 1 S. 101.

dem Ostbüro. De facto war das Ostbüro der CDU jedoch genauso unabhängig und organisatorisch getrennt vom Ministerium wie die Ostbüros von CDU und FDP.

Am 20. Juli 1955 wurde der freie CDU-Ostbüro-Mitarbeiter Johannes Fasel von der Staatssicherheit in der Nähe des Bahnhofs Friedrichstraße verhaftet. Er machte in der Haft "sehr wesentliche Angaben" zum Ostbüro,<sup>65</sup> auch wenn Fasel kein festangestellter Mitarbeiter war. Dies war der Beginn einer großangelegten Kampagne der Staatssicherheit gegen diese Institution, die sich in mehreren Aktions- und Schwerpunkteplänen manifestierte.<sup>66</sup>

Das Ostbüro, das mittlerweile in die Manfred-von-Richthofen-Straße 2 verlegt worden war, wurde ausgespäht, um anschließend im Gebäude Büroräume anzumieten. "Der Buchprüfer [hat] in der 2. Etage ein Büro [...]. [Er] ist Jude und war als solcher unter den Faschisten einer Reihe von Drangsalierungen ausgesetzt. Aus diesem Grunde schien er uns geeignet, uns im Kampf gegen die Agentenzentrale zu helfen", begann das MfS zu planen.<sup>67</sup> Eine Anwerbung des Buchprüfers scheiterte jedoch. Das MfS versuchte anschließend, dem alten Buchprüfer seine Praxis abzukaufen. Erst nach einem Jahr willigte dieser ein, ohne zu wissen, daß er tatsächlich an die Staatssicherheit verkauft hatte.

Der Westberliner Steuerberater und GM "Werner Kempfe" wurde beauftragt, die Praxis zu übernehmen, die Staatssicherheit streckte hierzu einen Teil des Kaufpreises vor. Nach Übernahme der Praxis sollte eine 22jährige Stasimitarbeiterin, GI "Andrea", Kontakt zum Nachtpförtner anknüpfen und "innerhalb kurzer Zeit in ein gutes Vertrauensverhältnis" umwandeln. Einige Zeit später sollten dann die GI "Teddy" und "Bimbo" in das Ostbüro einbrechen und wichtige Unterlagen mitnehmen. "Ziel dieser Aktionen ist es, die Karteikarten und den wichtigsten Schriftverkehr des Ostbüros in unser Gebiet zu bringen. Der anwesende Nachtpförtner ist ebenfalls auf jeden Fall mitzubringen."

Alle diese Pläne scheiterten. Der 1954 vorgenommene Versuch, die Mitarbeiterin Hanna Hermann nach Ost-Berlin "zu überführen",<sup>68</sup> scheiterte

<sup>65</sup> BStU, MfS AFO 276/82, Bd. 1, S. 109. Die Vernehmungsakten befinden sich in der Akte 175/55, Bd. 1.

<sup>66</sup> Vgl. Schwerpunkteplan, in: BStU, MfS AOP 690/60, Bd. 1, S. 63-77 (Pag. BStU).

<sup>67</sup> Nachfolgende Schilderung in BStU, MfS AFO 276/82, Bd. 1, S. 160ff.

<sup>68</sup> BStU, MfS AFO 690/60, Bd. 1, Schreiben HA V, Abt. 3 v. 20.9.54.

ebenfalls. Gleiches galt für den zunächst vielversprechenden Versuch, den Fahrer von Jöhren dazu zu bewegen, seinen Chef in den Ostsektor zu fahren. Der Fahrer nahm zwar das angebotene Geld, führte den Plan jedoch nicht aus.<sup>69</sup>

Die Staatssicherheit ließ vor allem beim stellvertretenden Leiter Heinz Baldauf nicht locker und versuchte, ihn mit Drohanrufen etc. einzuschüchtern, jedoch vergeblich: Schon 1955 hatte die Staatssicherheit erkannt: "Ziel dabei ist, daß Baldauf seine Tätigkeit aufgibt. Ein evtl. Nachfolger bringt auch andere Voraussetzungen zur Werbung mit."<sup>70</sup>

### **Stasi-Aktionen gegen das Ostbüro der FDP**

Nachdem zuvor in Pamphleten und Aktionen die Tätigkeit des Ostbüros der FDP kaum angegriffen wurde, erließ der Staatssekretär im Ministerium für Staatssicherheit, Erich Mielke, am 26. September 1952 eine Dienstanweisung<sup>71</sup>, durch die ein neues Hauptsachgebiet im Referat V C unter der Bezeichnung C/III eingerichtet wurde. Es sollte sich mit der LDPD, den LDPD-nahen Hochschulgruppen, mit dem Hilfsdienst Ost (HDO), der Exil-LDP und dem Amt für gesamtdeutsche Studentenfragen beschäftigen. Wie gering zu diesem Zeitpunkt noch das Wissen der Staatssicherheit um illegale liberale Organisationen war, ist daran erkennbar, daß man neben dem Hilfsdienst Ost auch noch das Ostbüro der FDP bekämpfen wollte, und nicht erkannte, daß es sich um zwei Namen für eine Institution handelte. Mit der Einrichtung des Referats C/III begann die zielgerichtete Bearbeitung des liberalen Ostbüros. Hans Földner, vom 16. Februar bis Oktober 1953 hauptamtlich als Sachbearbeiter im Ostbüro der FDP in Berlin beschäftigt,<sup>72</sup>

<sup>69</sup> Ebd., Maßnahmeplan v. 28.1.1955.

<sup>70</sup> BStU, MfS AOP 690/60, Bd. 1, S. 74.

<sup>71</sup> Vgl. BStU, MfS, Dienstanweisung Nr. 17./52/V/C vom 17.9.1952.

<sup>72</sup> BStU, MfS AOP 1539/65, Bd. II/8, Vernehmungsprotokoll Hans Földner vom 10.10.1953. Földner hatte als Soldat in einer britischen Einheit gedient und kam 1945 nach Deutschland zurück. Er ging nach Erfurt, heiratete und wurde LDPD-Mitglied. 1948 in den Westen geflüchtet. Tätigkeit in Siegen-Geißweid als Schweißer. Zunächst als Flüchtlingsbetreuer in einem der drei Notaufnahmelager vorgesehen, wurde Földner dann Mitarbeiter des HDO Berlin.

wurde am 9. Oktober 1953 von der Staatssicherheit entführt und inhaftiert.<sup>73</sup>

Der Schauprozeß gegen Földner und weitere Angeklagte vor dem Obersten Gericht der DDR endete am 14. Juni 1954 mit seiner Verurteilung zu 10 Jahren Zuchthaus, von denen er sieben Jahre in Brandenburg und in Bautzen II und I absitzen mußte.<sup>74</sup> Resultierend aus Vernehmungen von Földner alias Ludwig konnten neun Vertrauensleute in der DDR im Rahmen der "Aktion Schlag" festgenommen werden; drei wurden umgehend überwunden.<sup>75</sup> Manche Verhaftungen führten schneeballartig zu weiteren Verhaftungen.<sup>76</sup> Hier passierte genau dasselbe, was 1948 dem SPD-Ostbüro mehrere hunderte Festnahmen eingebracht hatte: Ein Mitglied einer Gruppe wird verhaftet und gibt unter Druck die anderen Namen preis, wie die FDP ohnehin mit vier, fünf Jahren Verzögerung viele Fehler wiederholte, die die SPD gemacht hatte.

Nach dieser Aktion und der Festnahme von Horst Gassa und weiteren Vertrauenspersonen durch die Staatssicherheit wurde am 12. März 1954 der "Objektvorgang Ostbüro der FDP"<sup>77</sup> sowie am 18. März 1954 der "Gruppenvorgang Allee"<sup>78</sup> von der Staatssicherheit angelegt. Dies bedeutete weitere Ermittlungen und weitere Aktionen. Vor allem mit Geheimen Mitarbeitern sollte die Arbeit des Ostbüros aufgerollt, aber auch beeinflusst werden. Drei Geheime Mitarbeiter der Staatssicherheit schafften es in den kommenden zwei Jahren, die Arbeit des Ostbüros der FDP so zu diskreditieren, daß sie letztendlich weitgehend eingestellt werden mußte. Alle drei waren nicht fest beschäftigt und hatten jeder für sich auch nur einen geringen Tiefblick in die Zusammenhänge der politischen Widerstandstätigkeit der FDP. Doch durch das massive Sammeln von Material, durch gute persönliche Bezie-

<sup>73</sup> Verschiedentlich wird in Akten des MfS auch von "Ende September" als Verhaftungszeitraum gesprochen, so in: BStU, MfS AS 35/62, Bd. 7, Bl. 55.

<sup>74</sup> Telefonische Auskunft von Hans Földner gegenüber dem Autor am 17.2.1995.

<sup>75</sup> BStU, MfS, Bericht, AOP 1539/65, Bd. II/5, Bl. 16ff. Zum Begriff "überwunden" vgl. Der Bundesbeauftragte: Dokumente - Das Wörterbuch der Staatssicherheit, Definitionen des MfS zur "politisch-operativen Arbeit", Reihe A, Nr. 1/93, S. 407.

<sup>76</sup> Dies und die Aktion "Schlag" in: BStU, MfS AOP 1539/65, Bd. II/5, Schreiben Abt. V/6 v. 26.10.53.

<sup>77</sup> BStU, MfS AOP 1539/65, Bd. I, Beschluß vom 12.3.54.

<sup>78</sup> Vgl. BStU, MfS AOP 1539/65, Bd. II/4.

hungen zu den festgestellten Mitarbeitern und durch das Aufzeigen von Schwachstellen waren sie insgesamt äußerst erfolgreich.

Es war dies zunächst ein Günter Hegewald, LDPD-Abteilungsleiter in Dresden, der zunächst seine dortige Gruppe verriet und dann "als einziger Flüchtling dieser Gruppe" im Berliner Ostbüro arbeitete und weiter spionierte. Demgegenüber ist der im Rahmen der Verhaftungsaktionen gegen Bekannte Földners konspirativ verhaftete Heinz Irmscher alias "GM Heimat", der vom SSD umgedreht wurde und sich ohne Frau und Kinder im Auftrag des östlichen Spionagedienstes in den Westen absetzen mußte, eine eher tragische Figur.

Ich möchte beispielhaft die Arbeit der Staatssicherheit, so wie es sie auch gegenüber den anderen Ostbüros gab, an Werner Hähn alias "Radeberg" erläutern, weil er exemplarisch für viele Täter steht, die ihre Stasikarriere als Opfer begannen. Hähn floh Anfang 1953 aus politischen Gründen aus der DDR. Er war in einer kleineren Stadt im Umkreis Berlins in der LDPD tätig gewesen und entging nur knapp seiner Verhaftung. Seine Frau blieb, ließ sich scheiden und erhielt das Sorgerecht für die beiden Kinder. Hähn lief im Berliner FDP-Ostbüro an, war arbeitslos und arbeitete hier ehrenamtlich mit. Als Hans Földner in den Ostteil entführt wurde, fuhr er nach Ostberlin und traf sich mit Paul Cunow, der im Archiv der LDPD-Leitung tätig war und gelegentlich das Ostbüro besuchte. Ihn warnte er unter Lebensgefahr vor der drohenden Verhaftung, beide gelangten unversehrt in den Westteil der Stadt.

Cunow fing ebenfalls beim Ostbüro an, erst ehrenamtlich, dann als Sachbearbeiter, 1956 wurde er Leiter des Büros. Hähn hingegen blieb zunächst arbeitslos. Die Staatssicherheit war inzwischen auf ihn aufmerksam geworden und ließ ihn beschatten.<sup>79</sup> Einen der Beschatter der Staatssicherheit, den GM "Erika", ließ er von der Polizei festnehmen.<sup>80</sup>

Dem MfS war bekannt, daß Hähn sich finanziell nicht besonders gut stand und er auch sehr an seinen Kindern hing.<sup>81</sup> Man schickte jemanden zu ihm, der ihn zur Mitarbeit bewegen sollte. Hähn zögerte erst, angesichts seiner desolaten finanziellen Lage nahm er das Angebot dann aber doch an. So ließ

<sup>79</sup> BStU, MfS, Personalakte Radeberg A/M 748/61 P.

<sup>80</sup> Ebd., Bl. 24.

<sup>81</sup> Ebd., Bl. 12.

er sich mit Geld "im Interesse und zum Schutze des Friedens", wie er in seiner Verpflichtung schrieb,<sup>82</sup> überzeugen und lieferte der Staatssicherheit als Zeichen des guten Willens gleich den ersten Namen eines FDP-Freundes im Osten. Dieser wurde umgehend festgenommen. Zu einer Gegenleistung war dann auch die Staatssicherheit bereit. Neben finanziellen Leistungen sorgte der Geheimdienst dafür, daß Hähns Wunsch nachgekommen wurde, seiner geschiedenen Frau die Kinder zu entziehen und sie in ein Heim zu stecken.<sup>83</sup> Hähn plante zu diesem Zeitpunkt, nach einigen Jahren der Tätigkeit für das MfS in den Osten zurückzugehen, um dann wieder mit seinen Kindern zusammenzuleben. Auch die Staatssicherheit dachte so, Hähn sollte irgendwann als "reuemütiger Ostbüroagent" die Fronten wechseln. Er hätte dann - nach den üblichen Pressekonferenzen und offenen Briefen an die FDP-Parteiführung - zurückgezogen in der DDR leben können. Hähn übermittelte nicht nur Nachrichten, er sabotierte auch die Arbeit. Im April 1954 war sich das Ostbüro beispielsweise sicher, endlich einen Weg gefunden zu haben, die eigenen Propagandabriefe auch per Post sicher durch die Postkontrollen der Staatssicherheit zu schleusen. "In Zukunft haben wir die Möglichkeit, (...) die Briefe bei Postämtern aufzugeben, die bereits zur SBZ gehören. Dabei wird das Abfangen der Sendungen durch die Kontrollorgane weitgehend ausgeschaltet. (...) Der dafür neu gewonnene V-Mann hat sich bereits bestens bewährt", schrieb die Berliner Zweigstelle nach Bonn.<sup>84</sup> Was man weder in Bonn noch in Berlin wußte, war, daß die Staatssicherheit aufgrund der "Umpolung" des Mitarbeiters Hähn in den GM "Radeberg", der hier mit "V-Mann" gemeint war, die Post nicht mehr direkt nach der Einlieferung aussortieren mußte. "Die Briefe mit den Flugblättern werden größtenteils von der Abteilung 'M' abgefangen, da uns der GM 'Radeberg', bevor so eine Aktion steigt, die Adressen der Personen gibt, die solche Briefe erhalten sollen", notierte zufrieden die Staatssicherheit.<sup>85</sup> Doch nicht nur Briefschreiber- und Briefempfänger lebten gefährlich. Der Agent überbrachte der Staatssicherheit "wichtiges Material aus dem Ostbüro der FDP?(...), wie z.B. Besucherlisten, Flüchtlingsunterlagen

<sup>82</sup> Ebd., Bl. 14.

<sup>83</sup> BStU, MfS, Treffbericht v. 22.4.1955, Personalakte Radeberg A/M 748/61, Bd. 1, Bl. 216.

<sup>84</sup> ADL, Bd. 2531, Monatsbericht März 1954 v. 1.4.1954.

<sup>85</sup> BStU, MfS AOP 1539/65, Bd. II/4, Zwischenbericht v. 25.2.1955, Bl. 271f..

usw.”<sup>86</sup> Da jeder Besucher des Ostbüros am Eingang seinen DDR-Personalausweis vorzeigen mußte, wurde die Aufklärung des MfS über diese Dienststelle nahezu lückenlos.

Hähn alias “Radeberg” sabotierte noch weiter: Die Postlagerkartennummern, an die Ostdeutsche ihre anonymen Briefe in den Westen schicken konnten, wurden von ihm umgehend gen Osten gemeldet,<sup>87</sup> genauso wie auch die Deckadressen,<sup>88</sup> an die DDR-Bürger und Ostberliner ihre Korrespondenz schicken konnten. Da Hähn die postlagernden Briefe selbst abholte, erreichte der Inhalt die Staatssicherheit auch schneller als die FDP.

Auch Ballons kamen kaum mehr durch: Die Zündschnüre wurden von ihm so lang gelassen, daß sie bis Polen flogen,<sup>89</sup> andere schlichtweg vor dem Aufblasen beseitigt oder Fabrikationsfehler vorgetäuscht. Damit der mangelnde Rücklauf an Antwortkarten nicht auffiel, schrieb die Staatssicherheit diese selbst an das Ostbüro - positive, die sich für die politische Unterstützung bedankten, und negative, die der “imperialistischen Agentenzentrale” alles Leid der Welt wünschten.

Paul Cunow war seit seiner Flucht aus Ostberlin ein beliebtes Ziel der Staatssicherheit gewesen. Cunow und Hähn waren inzwischen dicke Freunde geworden. Das MfS versuchte mehrfach, Cunow zu entführen. Nachdem dies 1954 gescheitert war, da er kurz vor dem anberaumten Termin umgezogen war, sollte es 1955 sein Freund Werner Hähn schaffen. Doch der erste Versuch mißlang, und dann verweigerte die Staatssicherheit ihre Unterstützung, obwohl Hähn darauf drang, da er unbedingt wieder in die DDR zurück wollte, und bei dieser “Abschiedsvorstellung” gleich Cunow und den Bonner Ostbüroleiter Naase mitbringen wollte. Die Staatssicherheit war mit dem Zeitplan nicht einverstanden. Sie bestand darauf, “lieber einen günstigeren und besseren Zeitpunkt ab[z]uwarten (...), wo wir dem Ostbüro einen solchen Schlag versetzen werden, daß es sich nicht mehr erholen kann.”<sup>90</sup>

Dieser schien 1958 gekommen: Sie finanzierte für Hähn alias GM “Radeberg” einen privaten PKW. Der Agent sollte damit auf einer Ausflugsfahrt

<sup>86</sup> BStU, MfS, Auskunftsbericht vom 19.11.1955, Personalakte Radeberg A/M 748/61 P, Bl. 34

<sup>87</sup> Ebd.

<sup>88</sup> BStU, MfS, Bericht v. 9.6.1955, ebd., Bd. 2, Bl. 46.

<sup>89</sup> BStU, MfS, Abschrift v. 15.10.1954, ebd., Bd. 1, Bl. 50

<sup>90</sup> BStU, MfS, Treffbericht v. 22.4.1955, ebd., Bd. 1, Bl. 215.

von der Berliner AVUS aus kurz über den Seeburgerweg in die DDR fahren, wo bewaffnete Stasimitarbeiter warteten. Dieser Plan scheiterte, da Cunow seine Sekretärin und deren Hund mitnehmen wollte, und er deswegen den eigenen Wagen nehmen mußte, den natürlich Cunow selbst fuhr.<sup>91</sup> Noch 1959 versuchte die Staatssicherheit, erneut erfolglos, Willert zu entführen.<sup>92</sup> Die Ironie der Geschichte will es, daß Hähn just mit diesem zur Entführung von der Staatssicherheit teilweise bezahlten und nur zur Tarnung auf Raten gekauften Wagen am 23. Juni 1960 tödlich verunglückte. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte er 15.410,- DM Agentenlohn bekommen, mehrere Vertrauensleute des Ostbüros verhaften lassen und über sechs Jahre hinweg genaue Lageberichte aus FDP, DP und FVP geliefert.

### **Die Auflösung des Ostbüros der CDU**

Die Ostbüros haben unterschiedlich lange Lebensdauern gehabt.

Werner Jöhren, Leiter des CDU-Ostbüros, starb im Alter von 59 Jahren Ende Juni 1959, sein Nachfolger wurde Alfred Krause. Schon im Februar 1959 war das Ostbüro der CDU formell aufgelöst und in eine gesamtdeutsche Dienststelle umgewandelt worden.

Der Einfluß der Exil-CDU schwand rapide mit dem Mauerbau im August 1961. Bezeichnend für den Verlust an Einfluß war der erzwungene Rücktritt Ernst Lemmers, nach Kaiser Vorsitzender der Exil-CDU, im Dezember 1962. Lemmer wurde durch den kometenhaft aufsteigenden Dr. Rainer Barzel ersetzt, der zwar in keinem ursächlichen Zusammenhang zur gesamtdeutschen Politik stand, für den jedoch ein Ministerium "gefunden" werden mußte. Barzel blieb nur knapp ein Jahr lang Minister und wurde dann Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Der Erbhof der Exil-CDU, das Gesamtdeutsche Ministerium, ging an Erich Mende von der FDP. Folgerichtig verringerten sich auch die Möglichkeiten des Ostbüros der CDU, dessen Arbeit jedoch schon faktisch durch den Mauerbau fast eingestellt werden mußte.

<sup>91</sup> BStU, MfS, Treffbericht v. 26.3.1955, ebd., Bd. 1, Bl. 203f.

<sup>92</sup> BStU, MfS, Treffbericht vom 23.7.1959, ebd., Bd. VI, Bl. 86.



## Das Ende des FDP-Ostbüros

Das erste Ostbüro, das seine Arbeit einstellen mußte, war das zuletzt gegründete von der FDP. Schon nach den ersten Massenverhaftungen bei der LDPD wurde in der Partei die Frage aufgeworfen, ob es sinnvoll sei, die Ostarbeit fortzusetzen. An der Parteispitze befand sich inzwischen der bayrische Landesvorsitzende Thomas Dehler, seit Oktober 1953 Bundestagsfraktionsvorsitzender und seit Anfang März 1954 Parteivorsitzender der FDP. Dehler, der seine Ablehnung der Deutschlandpolitik Adenauers oft zum Ausdruck gebracht hatte, ging auf Auflösungskurs. Das Ostbüro versuchte gegenzusteuern: Die FDP begeben sich "jeder politischen Wirkungsmöglichkeit auf die Bevölkerung der Sowjetzone gerade auch im Hinblick auf die spätere Wiedervereinigung (...)", schrieb Chef Naase an Dehler. "Weder CDU noch SPD sind bisher trotz der nicht gerade sehr geringen Verluste, die ihre Freunde und Mitarbeiter in der Zone gehabt haben, auf die Idee gekommen, die Ostarbeit ihrer Ostbüros einzuschränken oder gar einzustellen. Im Gegenteil."<sup>93</sup>

In der Nacht vom 12. zum 13. Februar 1955 brach die Staatssicherheit in das Berliner Ostbüro ein, zehn Monate später in die Bonner Zentrale. Der SSD konnte dadurch 23 V-Leute der FDP festnehmen<sup>94</sup>. Ein Teil der entwendeten Unterlagen wurde noch in derselben Nacht zurückgebracht, auch dies, um den Verdacht auf gewöhnliche Verbrecher zu lenken, was nicht gelang.

In der Ostpresse wurde die Agitation gegen das Ostbüro verstärkt; der Bezirkssekretär der LDPD von Frankfurt/Oder durfte gar von "Agenten" fälseln, die "Brücken über die Oder, Verkehrs- und Versorgungsanlagen sprengen" wollten.<sup>95</sup> Doch auch in West-Berlin schoß sich die Presse auf das Ostbüro der FDP ein. Die Westberliner Boulevardzeitung BZ sprach nach diesem Einbruch von einem "Skandal im Ostbüro der FDP".<sup>96</sup>

Die Einbrüche, Entführungen, Diebstähle, Anwerbungen und die ständigen Personalprobleme innerhalb des Berliner FDP-Ostbüros führten zu großen Akzeptanzproblemen innerhalb der FDP-Parteiführung. Hinzu kam politischer Druck von der LDPD. Seit 1953 hatten LDPD-Funktionäre keine

<sup>93</sup> BStU, MfS AOP 1539/65, Bd. I/2,3, Bl. 46, Vermerk Naase "Der Fall Ludwig".

<sup>94</sup> BStU, MfS AOP 1539/65, Bd. II/4, Bl. 5.

<sup>95</sup> Zit. nach: Parteibüro oder Agentenzentrale, in: DJD-Informationen, Oktober 1955.

<sup>96</sup> BZ v. 19.2.1955.

Gelegenheit ausgelassen, über die “kriegsvorbereitende Rolle des Ostbüros der FDP”<sup>97</sup> zu lamentieren.

Während die SPD-Führung unter Schumacher nach der Zwangsvereinigung alle Kontakte zur SED abbrach und die CDU nach der Flucht fast aller Vorstandsmitglieder im Westen eine Exilorganisation mit Alleinvertretungsanspruch aufbaute, sahen sich die Liberalen in West und Ost als Mittler zwischen den politischen Welten. Um hier die politische Atmosphäre nicht zu vergiften, sann man beim Bundesvorstand in Bonn auf Möglichkeiten, das Ostbüro ohne großes Aufsehen zu beseitigen oder zumindest seine Aufgaben erheblich zu verringern. Aufgrund der Ablehnung der Deutschlandpolitik Adenauers durch Thomas Dehler sah die Staatssicherheit hier eine Möglichkeit, auch die Adenauer unterstützende FDP-Parteiorganisation der Berliner um ihren Landesvorsitzenden Carl-Hubert Schwennicke auszuhebeln. Die Staatssicherheit unterstützte einen Kurs der Gespräche zwischen SED-treuer LDPD und FDP, einen Kurs der Brückenfunktion der FDP und Deutschlands, den sie als “verdienstvolle Rolle (...) beim Werk der deutschen Einigung” beschrieb. Das MfS wollte Dehler unterstützen, damit sich die FDP “auf ihre Kraft besinnt”<sup>98</sup>. Die FDP hatte zu diesem Zeitpunkt eine Reihe eigenständiger Gespräche mit dem sowjetischen Botschafter Valerian Sorin begonnen, die in Bonn in der jugoslawischen Botschaft stattfanden. Auch hier sollten die Möglichkeiten ausgelotet werden, die für eine Wiedervereinigung blieben.

Nachdem der Berliner FDP-Vorsitzende Schwennicke wegen Dehlers Deutschlandpolitik aus der Partei ausgetreten war, witterten jetzt die Gegner der Widerstandstätigkeit Morgenluft. Auf Wunsch des nordrhein-westfälischen Landtagsfraktionsvorsitzenden Wolfgang Döring und des FDP-Schatzmeister Hans Wolfgang Rubin sprach sich die FDP-Führung am 31. August 1956 zunächst für die Einstellung aller Flugblattaktionen per Ballon aus. Schrittweise stoppten die Außenstellen daraufhin ihre diesbezügliche Tätigkeit.

Frappierend deutlich ist die zeitliche Übereinstimmung der Gespräche der FDP-Spitze mit den LDPD-Abgesandten und der Einstellung der meisten Tätigkeiten des Ostbüros der eigenen Partei: Am 22. Juli 1956 fand die erste Zusammenkunft im “Golfhotel Sonnenbichl” in Garmisch-Partenkirchen

<sup>97</sup> Zit. nach Ostdienst, Nr. 5/54 v. 27.7.1954, S. 7.

<sup>98</sup> ADL, Bd. 2382, Schreiben Hegewald an Wrochem, Mai 1955.

statt, zu diesem Zeitpunkt befand sich übrigens der stellvertretende Berliner FDP-Landesvorsitzende William Borm schon seit sechs Jahren in DDR-Haft. Ja, selbst neue Entführungsaktionen gegen Liberale blieben in den nächsten Jahren auf der Tagesordnung. Der Ostreferent des Liberalen Studentenbundes, Dieter Koniecki, wurde am 15. Januar 1961 aus Berlin verschleppt und kam erst fünfeneinhalb Jahre später wieder frei.

Doch die Frage der Glaubwürdigkeit und Aufrichtigkeit der DDR-Vertreter stand bei Dehler nicht auf dem Programm; er erfüllte schlichtweg deren Forderungen als Vorleistungen. Kurze Zeit nach dem ersten Treffen mußte das Ostbüro seine Ballonaktionen beenden. Diese waren bis zum zweiten Treffen vom 5.-7. Oktober 1956 in Weimar eingestellt. Doch dies war nur ein erster Schritt in Richtung auf die Umwandlung des Ostbüros zu einer reinen Flüchtlingsbetreuungsstelle.

Dehler behauptete, die jetzt positiven Kontakte zur LDPD im Interesse verhafteter Liberaler einzusetzen. Beispielsweise wurde Karl Hamann, der in Haft sitzende ehemalige LDPD-Vorsitzende der DDR, im Oktober 1956 freigelassen. Dehler sah sich bestätigt, hatte er doch kurz zuvor dem DDR-Generalstaatsanwalt Melsheimer nahegelegt, Hamann freizulassen. Doch tatsächlich hatte diese Freilassung nichts mit der Intervention Dehlers und den liberalen Deutschlandgesprächen zu tun. Schon im April 1956 war Hamanns Mitangeklagter Paul Baender freigelassen worden, und am 3. Mai 1956 verfügte die "Kommission des Zentralkomitees der SED zur Überprüfung von Angelegenheiten von Parteimitgliedern" bereits die mögliche Freilassung des politischen Häftlings. "In der Angelegenheit des ehemaligen Ministers Hamann soll ein Vertreter des MfS in das leitende Büro der LDP gehen und nach Darlegung der Gründe für die Verurteilung Hamanns die Frage stellen, ob seine Freilassung gewünscht wird."<sup>99</sup> Der mittlerweile SED-hörigen LDPD-Führung wurde also das menschliche Schicksal ihres ehemaligen Vorsitzenden anvertraut.

Das Ostbüro wurde zum 1. November 1956 auf Beschluß des Bundesvorstandes der FDP vom 28. September 1956, also eine Woche vor dem zweiten Treffen in Weimar, in Referat Wiedervereinigung umbenannt und weitgehend seiner Aufgaben beraubt.

Mit welchem Mißtrauen die Mitarbeiter des FDP-Ostbüros der Annäherungspolitik der eigenen Parteiführung gegenüberstanden, belegen Vermutungen, die im Vorfeld dieses Beschlusses in Berlin kreisten. Danach sollten im Vorfeld der Wiedervereinigung die Mitglieder der LDPD-Führung "wie

<sup>99</sup> Zit. nach: Beckert, Rudi, a.a.O., S. 141.

Loch, Gerlach, Täschner” und andere “salonfähig” gemacht werden. Dafür müßten “selbstverständlich nachteilige und belastende Unterlagen, die vorliegen, aus dem Wege geschafft werden. Einige groß-industrielle Unternehmen” würden diese Schritte finanziell vorbereiten.<sup>100</sup>

Der Redneraustausch, den die FDP mit der Aufgabe der eigenen Widerstandszentrale bezahlt hatte, kam nie zustande: Aufgrund des am 5. November 1956 einsetzenden sowjetischen Angriffes auf Budapest mußten alle Kontakte zur LDPD gekappt werden; Thomas Dehler fiel nach einem Rechtfertigungsversuch für die intervenierenden Sowjets im Bundestag auch in der eigenen Partei in Ungnade, hinzu kamen unqualifizierte und peinliche Angriffe auf Bundeskanzler Konrad Adenauer und die Gewerkschaften.<sup>101</sup>

Mit der Umbenennung 1956 exerzierte die FDP eine politische Richtung vor, die später auch von der SPD mit ihrem Ostbüro (1966/67) nachgeahmt wurde.

### **Das Ende des Ostbüros der SPD**

Ende der vierziger Jahre hatte es der sowjetische Geheimdienst vermocht, die Tätigkeit des Ostbüros fast völlig lahmzulegen. Doch dann blieb es ruhig um das Ostbüro. Erst Mitte der fünfziger Jahre wurde das SPD-Ostbüro wieder verstärkt Zielscheibe östlicher Geheimdienste. Als Ausgangspunkt können hier Äußerungen Ulbrichts gesehen werden, der nach dem 17. Juni 1953 feststellte, daß der “Sozialdemokratismus”, so das gängige Schlagwort damals, nicht ausgerottet sei, und daß vom Ostbüro der SPD eine größere Gefahr ausgehe als von der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit oder den Freiheitlichen Juristen.

Mitarbeiter wurden durch Drohbriefe eingeschüchtert, für “Dr. Reinhard” (Pritzel) ein Grabkranz bei seiner Frau abgegeben. Auch Entführungsversuche gehörten nach wie vor zum Repertoire des Staatssicherheitsdienstes. Viele mißlingen, doch Heinz Brandt und Robert Bialek wurden in den Osten entführt, letzterer starb unter bis heute ungeklärten Umständen.

Am 20. Juli 1956 wurde in Berlin der Postangestellte Alfred Geißler verhaf-

<sup>100</sup> ADL, Bd. 2585, Schriftwechsel Naase/Willert vom September/Oktober 1956.

<sup>101</sup> Wengst, Uwe: Mit und gegen Adenauer und Erhard, in: Verantwortung für die Freiheit - 40 Jahre F.D.P., Herausgegeben von Wolfgang Mischnick, Stuttgart 1989, S. 114.

tet, der seit Juli 1955 die Telefonate aller drei Telefongeräte in den Räumen des Ostbüros in der Langobardenallee mitgeschnitten und die Bänder dem SSD übermittelt hatte. Am 7. August 1956 nahm die Polizei in West-Berlin das Hausmeisterehepaar Albrecht fest, das im Gebäude des Ostbüros wohnte. Als der Westberliner Staatsschutz nur einen Monat später den Eigentümer eines Lieferwagens verhaftete, der für die Stasi spionierte, indem er mit einer im Wagen eingebauten Kamera Besucher des Büros fotografierte, lautete die Schlagzeile in der Westberliner BZ "Macht endlich die Bude zu!"

Die Auswirkungen dieser Spionageaktionen auf die Arbeit des Ostbüros sind nicht abschätzbar. Sicherlich war der Vertrauensverlust in der Öffentlichkeit mindestens so groß wie der Schaden durch die Enttarnung der V-Leute mittels abgehörter Telefonate und geheimer Aufnahmen.

Neben den Problemen mit der gegnerischen Spionage tauchten vermehrt ab Mitte der fünfziger Jahre Berichte in den bundesdeutschen Medien auf, die dem SPD-Ostbüro Sabotageaktionen in Ostdeutschland vorwarfen. 1955 wurden diese Anschuldigungen so massiv, daß Fritz Heine vor dem Parteivorstand dazu Stellung nehmen mußte. Ostdeutsche Medien warfen in unterschiedlichen Abständen immer wieder vor, "Arbeiterfunktionäre mit Säure überschütten" oder gar "Überschwemmungen herbeiführen" zu wollen. Wie absurd viele Beschuldigungen waren, zeigt sich exemplarisch an dem gegenüber dem Ostbüro-Vertrauensmann Bernhard Behnisch aus Kolkwitz erhobenen Vorwurf, dieser habe ein Attentat auf den polnischen Staatspräsidenten Bierut und auf sogenannte "fortschrittliche Personen geplant" und zu diesem Zweck "Waffen sowie Sprengstoff verborgen". Verurteilt wurde Behnisch dann jedoch nicht wegen Mordversuchs oder ähnlicher Kapitalverbrechen, sondern weil er und seine Gruppe am 1. Mai Fahnenstangen zerstörten und die angebrachten Fahnen entwendeten.

Des Weiteren wurden Sabotageaktionen, die direkt zu einer Verschlechterung der Lebensverhältnisse der ostdeutschen Bevölkerung führen sollten, dem Ostbüro vorgeworfen. Auch "Der Spiegel" beteiligte sich in den sechziger Jahren an dieser Kampagne. Allerdings wurde für dieselben Sabotageakte gleichermaßen die KGU verantwortlich gemacht. Es scheint sich bei den Sabotagevorwürfen tatsächlich eher um eine Alibierklärung der DDR-Staatsführung für Probleme in der Lebensmittelversorgung zu handeln, wengleich inzwischen belegt ist, daß in begrenztem Rahmen KGU-Mitarbeiter in der Tat sogenannte "administrative Störungen" in der DDR verursachten. Der Marsch ins wirtschaftliche Chaos, bedingt durch die unvorhergesehenen Einfuhren von Rüstungsmaterial, den beschleunigten Auf-

bau der Kasernierten Volkspolizei und die nicht erfüllten Wirtschaftspläne führte zu einer Spionen- und Agentenhysterie, die vor allem zur Entschuldigung eigener Fehler und Probleme diente.

Die sich häufende erfolgreiche Spionage der Staatssicherheit, verbunden mit unzutreffenden, aber störenden Sabotagevorwürfen, führten zu einer beträchtlichen Beeinflussung der Arbeit des Ostbüros.

Vor allem auf Herbert Wehner ist es zurückzuführen, daß die Arbeit des Ostbüros eingestellt werden mußte. Hinzu kam, daß die Arbeit des Büros innerhalb der Partei zunehmend nicht mehr als unverzichtbar angesehen wurde, so wie die Arbeit der Ostbüros von CDU und FDP schon lange nicht mehr in der Form aufrechterhalten worden war. Mitte 1966 verließ der Leiter Stephan Thomas das Ostbüro, dessen große Zeit allerdings längst vorbei war, und wechselte als Leiter der Abteilung Internationale Beziehungen zur Friedrich-Ebert-Stiftung. Auch hier ist eine deutliche zeitliche Übereinstimmung der Aufgabe der eigenen Tätigkeit mit einem geplanten Redneraustausch festzustellen, nämlich jenem nie zustande gekommenen Austausch mit der SED.

Zunächst kommissarisch, dann als Referatsleiter übernahm 1967 Helmut Bärwald das Büro, das fortan "Referat für gesamtdeutsche Fragen" hieß und keinerlei Bedeutung mehr hatte. Bärwalds Aufgaben wurden Zug um Zug beschnitten. Sein Handlungsspielraum war jedoch schon durch den Bau der Berliner Mauer stark eingeschränkt worden. So verlegte er sich fast ausschließlich auf die Inlandsaufklärung, so gegen die aufkeimende Studentenbewegung und die Infiltrierung der SPD durch Kommunisten.

Beendet wurden zunächst 1967 - auf Betreiben von Herbert Wehner - die Ballonaktionen. Der stellvertretende Parteivorsitzende der SPD wollte eine neue Ostpolitik, ein neues Verhältnis zu SED und DDR. Das Ostbüro mit seinen Flugblättern störte da nur. Und so stellte man die Aktionen ein, nachdem andere Parteien wie die CDU und die FDP dies schon längst getan hatten. Anfang der 70er Jahre folgte dann die Einstellung der übriggebliebenen Publikationen für den Westen.

## Fazit

Im Vergleich der Ostbüros von SPD, CDU und FDP hatte die CDU eine kleine, aber in ihrem enggesteckten Ziel durchaus erfolgreich agierende Organisation. Sie war nicht einmal annähernd mit dem Einfluß und der Tätigkeit des SPD-Ostbüros zu vergleichen, sie hatte aber auch erheblich weniger Verluste zu verzeichnen. Für beides, für die relativ geringfügige Tätigkeit und für die geringen Verluste, sind mehrere Gründe ausschlaggebend. Einerseits wurde das SPD-Ostbüro erheblich früher gegründet als die Dienststellen der anderen Parteien. Hinzu kommt jedoch, daß das Gebiet der späteren DDR bis 1933 das sozialdemokratische Kernland war: Eine politisch weitentwickelte sozialdemokratische Arbeiterschaft in einem - mit Ausnahme Mecklenburg-Vorpommerns - hochindustrialisierten Umland bekannte sich seit knapp einhundert Jahren zur SPD und ihren Vorläufern.

Entscheidend mag auch gewesen sein, daß sich das linke Widerstandspotential gesammelt bei der SPD wiederfand. Es existierte zwar noch ein Ostbüro des DGB, dieses befaßte sich jedoch fast ausschließlich mit der Unterstützung demokratischer Gewerkschaften in Groß-Berlin. Auf konservativer Seite war das Widerstandspotential zersplittert: Es gab die Ostbüros von CDU und FDP, die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit und den Untersuchungsausschuß freiheitlicher Juristen, von denen zumindest der letztgenannte außerordentlich erfolgreich in der DDR wirkte. Und es gab den CDU-Ableger VPO, der separat Widerstandstätigkeit entfaltete. Zudem existierte in der DDR zeit ihrer Existenz eine breite religiöse Opposition, die zumindest in den 50er Jahren eher dem konservativen Meinungsspektrum zuzuordnen war. Nicht unterschätzt werden darf zudem, daß in den Schwesterparteien von CDU und FDP, der CDUD und der LDPD, während des langen Gleichschaltungsprozesses vereinzelt immer noch Opposition möglich war - zumindest bis in die fünfziger Jahre hinein. In der SED war dies nicht der Fall; Sozialdemokraten mußten sich außerhalb der Parteien engagieren, wollten sie politisch aktiv bleiben. Zudem war das Ostbüro der CDU ausführendes Organ des Exilvorstandes, das Ostbüro der SPD Referat des (Bundes-)Parteivorstandes der SPD.

CDU/West und SPD erhoben beide den Anspruch, eine gesamtdeutsche Partei zu sein. Die CDU stützte diese Auffassung mit dem Verweis auf die Rechtmäßigkeit der Wahl von Kaiser und Lemmer, deren Absetzung rechtswidrig gewesen sei. Die SPD erklärte die Zwangsvereinigung für ungültig, da sie widernatürlich und unter Druck erfolgt sei. Beide Parteien

argumentierten somit nach heutigen demokratischen Grundsätzen - und ließen dabei außer acht, daß sich sowohl die Absetzung von Kaiser/Lemmer als auch die Zwangsvereinigung in einem besetzten Land, nach einem verlorenen Krieg und einer bedingungslosen Kapitulation abspielten.

Das CDU-Ostbüro war in seiner Tätigkeit vor allen Dingen deshalb so erfolgreich und unangreifbar, weil sich die Mitarbeiter uneingeschränkt zum eigenen Ziel bekannten und weil von Anfang an lediglich versucht wurde, Kontakt zu treuen Kaiser-Anhängern in der SBZ/DDR zu halten. Insgesamt wurden rund 100 Personen wegen ihrer Verbindungen zum CDU-Ostbüro inhaftiert, davon wahrscheinlich zwei westliche Mitarbeiter.

Insgesamt hatte die FDP mit ihrem kleinen Ostbüro, gemessen an Mitarbeiterzahl und V-Leuten, die wohl größte Zahl an festgenommenen Personen. Eine große Rolle in der politischen Auseinandersetzung in der und mit der DDR dürfte es, abgesehen vom Zeitraum April bis Oktober 1953, kaum gespielt haben. Allein für die nach Einbrüchen, Festnahmen und Entführungen notwendigen Umzüge des Ostbüros hätte man eine eigene Möbelspedition gründen können. In Dokumenten der Staatssicherheit werden insgesamt 68 V-Leute des Ostbüros der FDP genannt, die bis 1958 verhaftet wurden - eine Zahl, die eher zu niedrig gegriffen erscheint.

Daß dem FDP-Ostbüro nur eine so kurze Lebensdauer vergönnt war, ist hingegen nicht allein mit den hohen Opferzahlen zu erklären, auch nicht mit Unzulänglichkeiten in der Arbeit oder Verrat. Diese waren bei anderen Widerstandsorganisationen, gerade auch bei den anderen Ostbüros und hier insbesondere bei jenem der SPD, nicht geringer. Im Gegenteil: Die Schätzungen der Opfer allein der ersten Verhaftungsorgien von Mitte 1948 bis Anfang 1949 liegen zwischen 600 und 1.000 Personen, die direkt oder indirekt mit dem SPD-Ostbüro zu tun hatten. Konsequenz für die SPD war gewesen, einerseits die eigene Arbeit zu intensivieren und zu professionalisieren, andererseits die Führungsspitze auszuwechseln. Bei der FDP zweifelte man schnell an der Durchführung der eigenen Aufgabe. Hinzu mag ein bürgerliches Unverständnis gegenüber politischem Widerstand, Opferbereitschaft für politische Ideen und allgemeinem Märtyrertum gekommen sein - eine Einstellung, die es bei der CDU und vor allem bei der SPD nicht gab.

Bei der FDP und bei der SPD spielte für die Auflösung der Ostbüros vor allem die nicht mehr zeitgemäße Einstellung der Mitarbeiter zur Politik der eigenen Parteiführung eine Rolle. Die Ostbüroler waren zu einem Dinosaur-



rier geworden; Wolfgang Schollwer von der FDP griff LDPD und DDR in Lageanalysen böse an, als Dehler mit der kommunistischen Führungsspitze der LDPD wie unter Brüdern verhandelte; Helmut Bärwald drosch auf die DDR ein, als Willi Brandt mit seiner neuen Ostpolitik begann.

Um zur Ausgangsfrage zurückzukommen: Spionage im Parteauftrag? Die Ostbüros hatten vielerlei Aufgaben, die alle aus der speziellen Unterdrückungssituation der eigenen Parteifreunde in der 4. Besatzungszone und späteren DDR herrührten. Dies waren zunächst humanitäre und dann propagandistische Aufgaben, letztendlich aber auch die Informationsbeschaffung, weitgehend aus legal zugänglichen Quellen. Doch Spionage ist schon qua Definition etwas anderes. Hier ging es darum, angesichts einer, wie man glaubte, bald bevorstehenden Wiedervereinigung Deutschlands aus dem Stand eine gesamtdeutsche Parteiorganisation auf die Beine stellen zu können. Dieses Bemühen kann - angesichts der damaligen politischen Situation und erst recht aufgrund der kaum als ernsthaft angesehenen DDR-Staatsgründung - kaum als Spionage gewertet werden. Oder anders ausgedrückt: Was spricht bei der Textzeile "Deutschland einig Vaterland" in der DDR-Hymne und einer noch lange existierenden gemeinsamen Olympiamannschaft gegen die Planung einheitlicher Parteien?! Daß geheimdienstliche Methoden verwandt wurden, war ausschließlich auf den Versuch zurückzuführen, die eigenen V-Leute in der SBZ bzw. DDR zu schützen. Daß die Ostbüros so kriminalisiert wurden, liegt vor allem an einem: Der Richtigkeit ihrer Lageanalysen, die sie der Öffentlichkeit oder dem jeweiligen Parteivorstand unterbreiteten, und der Angst vor der Öffentlichmachung der eigenen Politik. Eine Textzeile aus einem stasiinternen Lehrbuch von 1958 soll dies belegen. Da schreibt die Staatssicherheit: "Die Hetzschriften, die das Ostbüro der SPD herausgibt, sind deshalb so gefährlich, weil sie einmal in der Sprache der Arbeiter abgefaßt sind und in bestimmten Fällen Prognosen über die zukünftige Entwicklung der DDR enthalten. Diese können sie aufstellen, weil sie sehr aufmerksam die Beschlüsse und Verordnungen unserer Partei und Regierung auswerten und somit unsere zukünftige Entwicklung und eventuelle Schwierigkeiten, die dabei auftreten, einschätzen können." Im Gegensatz zur Staats- und Parteiführung - könnte man hinzufügen.

## **Zu den Autoren:**

### **Dr. Jan Foitzik**

geb. 1948; Studium der Politischen Wissenschaft, Geschichte und Philosophie in München und Mannheim; wissenschaftlicher Mitarbeiter: 1975-77 Institut für Zeitgeschichte München, 1977-93 Universität Mannheim, seitdem Institut für Zeitgeschichte München/Außenstelle Berlin; Mithg. Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung Berlin 1993ff. - Zahlr. Veröffentlichungen zur neueren deutschen und osteuropäischen Geschichte; jüngste Veröffentlichung: Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945-1949. Struktur und Funktion, Berlin 1999

### **Dr. Wolfgang Buschfort**

geb. 1961 in Bocholt; Sozialwissenschaftler und Journalist; Studium der Sozialwissenschaften in Bochum, Promotion an der Ruhr-Universität Bochum 1990 über das Thema "Ostbüro der SPD 1946-1958". 1989-1996 Stabsabteilungsleiter der Bundesknappschaft, Bochum. 1996-1998 DFG-Projekt über Widerstand in der SBZ/DDR, freier Journalist vor allem beim WDR; zur Zeit wissenschaftlicher Mitarbeiter in einem Forschungsprojekt der DFG zur Erforschung der Geschichte des westdeutschen Verfassungsschutzes.

Jüngste Veröffentlichung: Parteien im Kalten Krieg. Die Ostbüros von SPD, CDU und FDP, Berlin 2000.